

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen können für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 24.00 M., zusätzlich Belohnung + Zuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 25.— Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgrößte Anzeigenfläche oder deren Raum kostet 5.— M. einschließlich Feuerungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Feuerungsbeitrag. Laufende Anzeigen (sonstige Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen) 3.20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

In Erwartung der deutschen Vorschläge

Französische Beratungen über die Reparationsfrage

Paris, 15. April.

Die „Havas“ meldet, wird über die Ergebnisse der Sitzung, die heute vormittag im Elysee stattfand, von den beteiligten Kreisen Stillschweigen bewahrt. Es sei jedoch augenscheinlich, daß der Gegenstand der Beratung die Prüfung der Maßnahmen gewesen sei, welche nach dem Verfalltag, am 1. Mai, nötig werden könnten. Es seien keinerlei Entschlüsse gefaßt worden, denn die Stellungnahme der französischen Regierung werde ganz und gar von der Haltung der deutschen Reichsregierung abhängen. Es stehe natürlich zweifellos fest, daß im voraus alle Möglichkeiten, ebenso wie die nötig werdenden Maßnahmen erwogen worden seien. Außerdem sei klar, daß die französische Regierung, wenn sie zum Handeln gezwungen würde, nur nach Verständigung mit ihren Verbündeten handeln werde.

Auch diese französische offiziöse Mitteilung, die sich aller Erzählungen enthält, läßt ebenso wie die vorhergegangene englische erkennen, daß England und Frankreich die neuen deutschen Vorschläge abwarten wollen, ehe definitive Beschlüsse erfolgen. Die Veröffentlichung verfolgt auch den Zweck, der deutschen Regierung nahezu legen, ihre Vorschläge direkt — ohne Vermittlung — zu überreichen.

Eine Rede Briands

EE. Paris, 15. April.

Der französische Kammerauschuß für Neuere trat heute unter dem Vorsitz des Abgeordneten Paul Escoutier zusammen. Der Ministerpräsident gab in einer mehr als zweistündigen Rede vor etwa 30 Anwesenden ausführliche Antworten auf die ihm überreichten Fragen. Seine Ausführungen bewegten sich im Allgemeinen im Geiste seiner bereits vor der Kammer und dem Senat gegebenen Erklärungen. Briand betonte ausdrücklich, seine solche Verhandlungen zulassen zu wollen, die es auf einen Aufschub abgesehen hätten. Neue Vorschläge Deutschlands müßten den Beweis eines guten Willens erbringen, man werde auch Pfänder verlangen. Es müsse mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß, um die Durchführung des Versailles Friedensvertrages zu

erreichen, neue Opfer verlangt werden könnten. Wenn solche Opfer aber nötig seien, müssen sie aber durch gleichwertige Kompensationen aufgewogen werden. Briand sucht dann nachzuweisen, daß Deutschland imstande sei, seine Pflichten zu erfüllen. Deutschland habe aber bisher weder direkt noch indirekt einen Vorschlag gemacht, der erster Erwägungen wert gewesen wäre.

Der Ministerpräsident macht dem Hause Mitteilung von seiner Absicht, mit den Alliierten in Besprechungen einzutreten, um sich über die neuen Maßnahmen schlüssig zu werden die man werde ergreifen müssen. Dies sei auch Gegenstand der heute vormittag im Elysee abgehaltenen Konferenz gewesen. Die neuen Maßnahmen werden nicht nur in der Befehung neuer deutscher Gebiete bestehen, sondern werden auch wirtschaftlicher Natur sein.

Briand wendet sich dann den Abmachungen mit der Türkei zu. Dann sprach er noch über Oberschlesien. Die Regelung der Frage werde in Gemäßheit des Friedensvertrages in Aussicht genommen. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten hatten auf die Versammlung einen sehr günstigen Eindruck gemacht.

Sitzung des Reichskabinetts

Die „Dena“ veröffentlicht folgende Information:

Im Laufe des heutigen Vormittags trat das Reichskabinet zu einer Sitzung zusammen, in der, wie die „Dena“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, zur Frage der neuen Reparationsangebote eingehend Stellung genommen wurde. Dabei trat innerhalb des Kabinetts volle Einmütigkeit darüber zutage, daß die Reichsregierung den Alliierten unbedingt neue Vorschläge unterbreiten müsse. In welcher Richtung sich diese bewegen müssen, kann nicht zweifelhaft sein. Der neue deutsche Reparationsplan wird einmal die brennende Wiederaufbaufrage in den Vordergrund zu rücken haben, sodann der Lastfrage Rechnung tragen müssen, daß die Hauptgeschädigten, namentlich Frankreich, so rasch wie möglich in den Besitz flüssiger Geldmittel gelangen. Es versteht sich von selbst, daß der deutsche Wiederaufbauplan im engsten Einvernehmen mit den gemeinschaftlichen Arbeiterorganisationen durchberaten und festgestellt werden muß. Dementsprechend folgte der heutigen Kabinettsitzung eine längere Beratung der Reichsregierung mit den Gewerkschaftsleitern, in der ausgiebig Gelegenheit gegeben war, die technischen Einzelheiten des Wiederaufbauplans nach allen Seiten hin zu erörtern.

Rohlenpreiskomödie

Schulden können nicht sozialisiert werden.
Philipp Scheidemann, November 1918.

In der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ schreibt Dr. A. Kuczynski:

Mit dem 1. April ist der Preis der Tonne Ruhrkohle ab Grube um etwa 30 Mark erhöht worden; gleichzeitig sind die Gütertarife bedeutend gestiegen. Damit hat die Bewegung für den Preisabbau gewerblicher Erzeugnisse einen tödlichen Schlag erlitten. Schon hat der Reichswirtschaftsminister unter Hinweis auf die Erhöhung der Kohlenpreise und der Frachten, die Zementpreise, die am 1. März neu festgesetzt worden waren, mit Wirkung ab 1. April um 22 bis 31 Mark für die Tonne erhöht. Die Lage ist mithin so: die Kohlenpreise haben eine Steigerung erfahren, die etwa zweieinhalbmal so hoch ist wie der Gesamtpreis der Kohle vor dem Kriege. Die Zementpreise haben eine Steigerung erfahren, die fast ebenso hoch ist wie der Gesamtpreis des Zements vor dem Kriege. Die Eisenbahnverwaltung hat die Gütertarife erhöht, um ihr Defizit zu mindern, muß aber nunmehr allein für Kohlen monatlich 40 Millionen Mark mehr ausgeben als bisher. Die Reichsfinanzverwaltung zieht zwar, infolge der automatischen Steigerung der Kohlensteuer und der Umsatzsteuer, aus der Erhöhung der Kohlenpreise einen Gewinn von monatlich 40 Millionen Mark, muß aber den Zechenbesitzern für die an die Entente zu liefernde Kohle monatlich 60 Millionen Mark mehr zahlen als bisher.

Es hat allgemein überrascht, daß der Reichswirtschaftsminister eine so gewaltige Steigerung der Kohlenpreise genehmigt hat, nachdem gerade jetzt die Zechenbesitzer durch den Fortfall der Ueberschichten, für die sie ja doppelte Löhne hatten zahlen müssen, ihre Ausgaben erheblich einschränken konnten. Er hat dies nachträglich folgendermaßen begründet: Von der Kohlenpreissteigerung um 25 Mark (ausschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer) kämen den Zechen nur 18 Mark zugute; bisher aber hätten die Zechen bei jeder Tonne, die sie förderten, durchschnittlich 18 Mark zugelegt. Das Reichswirtschaftsministerium habe „die Selbstkostengestaltung von Grund auf untersucht“.

„Dabei ist festgestellt worden, daß bereits im Oktober vorigen Jahres der Durchschnitt der Zechen mit einem Fehlbetrag von etwa 12,50 Mark gearbeitet hat. Bei diesem Ergebnis waren bereits die Gewinne aus Nebenprodukten einbezogen. Inzwischen hat sich nun der Preis dieser Nebenprodukte gesenkt, eine Senkung, die auf die Gesamtmenge der Ruhrkohle im Durchschnitt 3 bis 5 Mark auf die Tonne ausmacht. Es hat sich ferner aus einer sorgfältig geführten Statistik ergeben, daß der auf die Tonne entfallende Lohn eine, wenn auch geringe Steigerung aufzuweisen hat. Mit der Preissteigerung von 18 Mark ist demnach nur der nachgewiesene Fehlbetrag ausgeglichen worden. Nicht abgegolten ist insbesondere der Umstand, daß dieser Fehlbetrag schon seit einigen Monaten vorhanden ist.“

„Unter diesen für den Bergbau nicht günstigen Umständen“ sei es „nicht möglich“ gewesen, den Zuschlag von 8,50 Mark für die Tonne, der den Zechen vor einem Jahre für ihre Mehr ausgaben infolge der Ueberschichten bewilligt worden war, aufzuheben. Nach den Berechnungen des Reichswirtschaftsministeriums würden also die Zechen nach der jetzt vorgenommenen Kohlenpreiserhöhung bei Aufrechterhaltung der Ueberschichten gerade auf die Kosten kommen und bei Fortfall der Ueberschichten einen Gewinn von 8,50 Mark für die Tonne, oder, wenn man die erhöhte Ersparnis infolge der im Laufe des Jahres eingetretenen Lohnerhöhungen berücksichtigt, einen Gewinn von 11 bis 12 Mark für die Tonne haben. Das wäre immerhin etwa zehnmal so viel wie der Gewinn vor dem Kriege.“

In Wirklichkeit ist aber der Gewinn der Zechen sehr viel größer. Denn es ist völlig ausgeschlossen, daß sie im Oktober v. J. durchschnittlich 12,50 Mark und in der Folgezeit 18 Mark für die Tonne zugelegt hätten. Das Reichswirtschaftsministerium behauptet, es habe die Selbstkostengestaltung „von Grund auf untersucht“. Was von solchen Untersuchungen zu halten ist, kann auch der Laie ohne weiteres aus den Protokollen der Sozialisierungskommission vom Frühjahr 1920 ersehen. Die Berechnungen von Mitgliedern der verschiedensten wirtschaftspolitischen Richtungen hatten damals zu dem Ergebnis geführt, daß der Gewinn der Ruhrzechen je Tonne etwa 30 mal so groß war wie vor dem Kriege. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums glaubte auf Grund seiner Kenntnis der Selbstkosten nur eine höchstens halb so große Gewinnsteigerung annehmen zu dürfen. Rathenau erwiderte ihm: „Herr Geheimrat, das sind die errechneten Selbstkosten, die Ihnen vorgelegt werden. De facto liegt die Sache so, daß in den Aufsichtsratsitzungen der großen Werke, wo wirklich Rechenschaft gegeben wird — viele geben auch in ihren internen Kreisen keine Rechenschaft —, das Entsehen über die Gewinne ein allgemeines ist.“ In derselben Sitzung hatte Rathenau die Zechengewinne auf ungefähr fünf Milliarden Mark im Jahre geschätzt, und wenige Tage vorher hatte er ausgeführt: „Heute sieht die Sache so aus: es wird im Dunkeln Blindfuß gespielt, und es wird irgendein Kohlenpreis vereinbart, der nun

Der Dreibund=Streik abgefragt

Der Kampf der englischen Bergarbeiter

London, 15. April.

Der auf heute abend 10 Uhr festgesetzte Streik der Eisenbahner und Transportarbeiter wurde abgefragt. Als Grund dafür gab der Sekretär des Verbandes der Maschinen und Heizer die Weigerung der Bergarbeiter an, trotz des Antrates des Nationalverbandes der Eisenbahner, der Transportarbeiter und der Organisation der Maschinen und Heizer in weitere Verhandlungen zu treten. Einer Erzhänge-Meldung zufolge soll der Generalsekretär des Bergarbeiterverbandes Hodges zurückgetreten sein. Bezeichnend für die plötzliche Wendung in der Lage ist die Tatsache, daß, während im Unterhause im Laufe der Debatte über die Streiklage der Arbeiterführer Clynes dem Hause darlegte, daß es ein Akt der Treulosigkeit von Seiten des Arbeiterdreibundes sein würde, die Bergarbeiter im Streik zu lassen, das Parlamentarische Mitglied Leslie Wilson die Ansicht brachte, daß der Arbeiterdreibund die Bergarbeiter im Streik gelassen habe. Diese Nachricht verbreitete sich rasch im Hause. Clynes erfuhr sie jedoch erst, als er seine Rede beendet hatte.

London, 15. April. (Reuter.)

Im Unterhause verlas Lloyd George einen Brief des Bergarbeiterbundes, demzufolge ein Ausgleich nur möglich ist, falls ein nationales Lohnamt errichtet und die Nationalisierung zugestanden wird. Der Bund sei daher überzeugt, daß die Besprechung mit den Grubenbesitzern einen Erfolg nicht zeitigen könne.

Hodges acillt mit, daß als Ergebnis der Streikabfrage der Eisenbahner und der Transportarbeiter beschlossen worden sei, sofort eine Konferenz der Vertreter aller Kohlengruben zu morgen einzuberufen.

Thomas teilt mit, er habe den Bergarbeiterbund davon in Kenntnis gesetzt, daß es für angemessen erachtet worden sei, daß die Bergarbeiter den von Hodges gestern gemachten Vorschlag annehmen sollten. Er finde es deshalb nicht gerechtfertigt, den Eisenbahner den Streikbefehl zu erteilen. Die Transportarbeiter hätten den Eisenbahner zugestimmt.

Nach anderen eingegangenen Meldungen hatten die Bergarbeiter der reichen Grubenbezirke sich endgültig bereit erklärt, ihre Löhne herabsetzen zu lassen, damit ihre Kameraden in den weniger produktiven Gruben den gleichen Lohn wie sie erhalten könnten. Ferner hat Hodges erklärt, daß die Bergarbeiter bereit seien, das Lohnangebot der Unternehmer in Erwägung zu ziehen. Daraus habe sich die Sympathie der Öffentlichkeit und der Parlamentsmitglieder völlig den Bergarbeitern zugewandt, was angeblich wiederum zur Folge hatte, daß die Grubenbesitzer sich zum Verzicht auf jede Dividende für eine gewisse Zeit bereit erklärt haben, damit das Reinergebnis der reicheren Gruben zur Verbesserung der Löhne der ärmeren Gruben zur Verfügung gestellt werden könne.

Wenn es richtig ist, daß trotz dieser entgegenkommenden Erklärungen von beiden Seiten die Bergarbeiter die Aufnahme neuer Verhandlungen abgelehnt haben, und wenn Hodges infolgedessen von seinem Amte zurückgetreten ist, so läßt das den Schluß zu, daß radikalere Strömungen unter den Bergarbeitern die Oberhand bekommen haben, und eine Taktik verfolgen, die von den Eisenbahner und Transportarbeitern anscheinend abgelehnt wird. Nur eine solche Entwicklung der Dinge könnte das plötzliche Umschwenken der Dreibund-Gewerkschaften erklären. Eine genaue Aufklärung der Zusammenhänge wird wie gesagt erst später möglich sein.

Das Habsburgergesetz abgelehnt

Wien, 15. April.

Der Nationalrat hat das sogenannte Habsburgergesetz, d. h. den von den Sozialdemokraten eingebrachten Entwurf betr. die kaiserlichen Bestimmungen zu dem Gesetz über die Landesverweisung der Habsburger, mit 85 gegen 84 Stimmen abgelehnt, wodurch eine Regierungskrise, die aus den Beratungen über das Gesetz bereits zu entstehen drohte, gegenwärtig vermieden erscheint.

Sozialisierungsversuch in Spanien. Im spanischen Senat kündigte Handelsminister La Cierva an, in Madrid werde ein Versuch mit der Sozialisierung der Bäckereien gemacht werden. Die Bäckereien würden expropriert werden.

fürlich nicht nur eine gewöhnliche Unternehmerrente enthält, sondern eine Unternehmerrente, die so bid ist, daß die Unternehmer selbst anfangen, sich zu genieren. Ich habe vor zwei Tagen mit einem der größten Interessenten des Kohlenverbandes gesprochen und habe ihm das einmal gesagt. Darauf hat er mir geantwortet: „Ja, glauben Sie nicht, daß die Sache mir auch sehr peinlich ist? Glauben Sie nicht, daß ich in Aufsichtsräten oft genug zur Sprache gebracht habe, daß die Dinge so nicht weitergehen können?“ ... Also ich kann nur sagen: heute liegt die Sache so, daß einfach ein Kohlenpreis festgesetzt wird, der nicht nur eine Rente enthält und eine Rente garantiert, die angemessen ist, so wie ich sie mir denke, sondern eine Rente, die ich ungefähr so einschätze, daß der Unternehmer sehr unzufrieden sein und sich vor seinen Angestellten genieren müßte, wenn er nicht in einigen Monaten das Aktienkapital verdient. Ich glaube aber: er braucht sich nicht zu genieren.“

Ich hielt damals die Schätzung Rathenaus, daß die Zechen in einigen Monaten soviel verdienen wie ihr ganzes Aktienkapital ausmacht, für eine Ueberschätzung. Ich glaube heute, daß er recht hatte. Nach Feststellungen des Dortmund- und Bankhauses Gebrüder Stern, die sich auf 34 rheinisch-westfälische Steinkohlenwerke erstreckten, stieg der gesamte Kurswert dieser Gruppe von 876 850 000 Mark am 31. Dezember 1919 auf 2 946 000 000 Mark am 31. Dezember 1920, also auf das Dreieinhalbfache! Der Durchschnittswert im einzelnen verfolgt läßt, betrug am 31. Dezember 1919: 21 680 Mark, am 30. September 1920: 47 730 Mark, am 31. Dezember 1920: 77 130 Mark. Und das soll bereits im Oktober vorigen Jahres der Durchschnitt der Zechen mit einem Fehlbetrag von etwa 12,50 Mark gearbeitet, die Ruhrzechen insgesamt also monatlich 100 Millionen Mark zugeführt haben?

Ich bezweifle nicht, daß der Reichswirtschaftsminister die ihm von den Zechen vorgelegten Selbstkostenberechnungen, auf Grund deren er die Kohlenpreiserhöhung genehmigt hat, für richtig hält. Aber ich bezweifle auch nicht, daß die Zechen selbst diese Selbstkostenberechnungen für falsch halten.

Ein Not-Ministerium

Ministerpräsident Stegerwald ist noch immer ohne Minister. Er leitete gestern den bisherigen Koalitionsparlament mit, daß er keine neue Auflage der alten Koalitionsregierung bilden wolle. Ebenfalls wolle er aus außen- und innenpolitischen Gründen auf die Regierungsbildung verzichten. Er schlug deshalb vor, ein Ministerium aus drei politischen Persönlichkeiten, Stegerwald, Severing und Fischel, zu bilden. Daneben sollen die bisherigen Koalitionsparteien je einen parlamentarischen Staatssekretär stellen, damit zur Erörterung rein politischer Fragen im Kabinett eine ausreichende Zahl politisch orientierter und erfahrener Männer vorhanden ist. Die übrigen vier Ministerien sollen mit Beamten versehen werden, die sich verpflichten, die Reichsverfassung und die preußische Verfassung in Stunden der Gefahr mit allen staatlichen Machtmitteln nach allen Seiten hin zu verteidigen. Dieser Vorschlag hat aber keine Aussicht auf Verwirklichung, da die Parteien sich ablehnend verhalten. Deshalb hat sich Stegerwald entschlossen, bis nach Erledigung der Sanktionsfrage ein Geschäfts- und Uebergangsministerium zu bilden, in dieses in Gesinnung und Leistung erprobte Männer zu berufen und bei der Vertrauensfrage dem Landtag die Verantwortung zu überlassen. Man wird ja abwarten müssen, was das für Männer sind. Sicher ist aber, daß die politische Führung während eines solchen Uebergangsministeriums dem Zentrum zufällt.

Sturm im Landtag

In der Freitagssitzung des Landtags wurde die Debatte über den kommunistischen Putsch in Mitteldeutschland fortgesetzt. Als erster Redner kam der Innenminister Severing zum Wort. Er wandte sich sehr scharf gegen die Deutschnationalen und deren Wortführer, den Abgeordneten Graf-Anklam. Herr Graf hatte für den kommunistischen Putsch die Preussische Staatsregierung und insbesondere die „neuen Männer“ verantwortliche gemacht, die die Revolution „emporgespült“ habe. Herr Severing wies demgegenüber nach, daß der Kapp-Putsch nicht von den Männern des neuen Systems gemacht worden sei, sondern von den Trägern des alten Systems, und dieser Putsch sei für den Bestand des deutschen Reiches weit gefährlicher gewesen, als der kommunistische Putsch.

Herr Severing machte dann die Spindelberichte lächerlich, die von deutschnationaler Seite veröffentlicht werden zu dem Zwecke, die kommunistische Gefahr größer zu schildern, als sie in Wirklichkeit ist. Die Strategien, die derartige Pläne ausheckten, gehörten ins Irrenhaus, und man könne von keinem vernünftigen Menschen verlangen, sich der Lächerlichkeit preiszugeben, was gesehen würde, wenn man allen Spindeln Glauben schenken würde. Die Angriffe der Deutschnationalen gegen seine Person nannte Herr Severing eine Sammlung von Unwahrheiten, Schufstigkeiten und Lügen. Wer davon spreche, daß die Regierung nicht energisch genug vorgegangen sei, weil ja nur das „Bürgerpad“ bedroht gewesen wäre, der verdiene tatsächlich mit „Bürgerpad“ bezeichnet zu werden.

Die Rede Severings löste auf der rechten Seite des Hauses wahre Tobfuchtsfälle aus. Durch Zwischenrufe der linken Seite mußten sich die Reaktionen allerlei Liebenswürdigkeiten lassen. Die Kommunisten hatten aber an den Angriffen von rechts einen offensichtlichen Gefallen. Das ist kein Wunder, nachdem der Abgeordnete Eberlein am Tage vorher verkündet hatte, die Deutschnationalen seien den Kommunisten die liebste Partei des Hauses. Mit den Kommunisten verfuhr Herr Severing verhältnismäßig gimpflich, obwohl er ihnen ein reiches Sünderregister vorhielt. Er betonte insbesondere, daß die preussische Regierung über alle „geheimen“ Maßnahmen der Kommunisten genau informiert sei, und daß sich die Regierung auch mit aller Schärfe gegen die neue Aktion wenden würde, die die Kommunisten trotz der unheilvollen Niederlage schon wieder ankündigt. Große Bedrängnis entstand in den kommunistischen Reihen, als der Minister ein Schriftstück vorzeigte, in welchem die Vorbereitungen für eine neue kommunistische Aktion in Ostpreußen angeordnet werden. Der Abgeordnete Dr. Meyer versuchte, einige Einwände zu machen und die Echtheit des Schriftstücks anzuzweifeln. Er wurde aber still und erbläute, als Herr Severing sagte, daß Herr Meyer das Schriftstück doch sehr gut kenne. Denn es stehe auch sein Name darunter.

Nach Severing sprachen die Kommunisten Dr. Meyer, Gesche und Franken, die die von ihrer Partei gestellten Anträge begründeten. Die Kommunisten operierten dabei so ungeschickt, daß es oft zu stürmischen Zwischenfällen

kam. Als Franken-Solingen den in Mörns von einer fanatisierten Menge schwer mißhandelten Gewerkschaftsbeamten Zimmer als „elende Kreatur“ bezeichnete, erhoben sich die Rechtssozialisten, drängten nach dem Rednerpult und verhinderten den kommunistischen Redner am Weiterreden. Die Sitzung wurde darauf auf eine Viertelstunde vertagt. Nach Wiederaufnahme der Debatte sprach Herr Franken vor leeren Bänken, denn alle Parteien des Hauses hatten den Saal verlassen.

Herr Franken hat mit seinem Ausdruck eine so niedrige Gesinnung dokumentiert, daß selbst ein Teil seiner Parteifreunde beschämt war und dem Redner keinerlei Unterstützung ließ. Der Gewerkschaftsbeamte Zimmer, der schwer verwundet auf dem Krankenlager liegt, ist ein Opfer kommunistischer Putschisten geworden. Fast noch roher als die Tat bestimmungslos Fanatisierter ist die kalt überlegte Beschimpfung des Opfers durch einen Menschen, der sich damit die parlamentarischen Sporen verdienen zu können glaubt, und deshalb war es auch erklärlich, daß die Rechtssozialisten ihren Unwillen so deutlich zum Ausdruck brachten.

Es sprachen dann noch ein Vertreter des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten. Gegen 8 Uhr vertagte sich das Haus auf Sonnabend, mittags 12 Uhr.

Keine Unterstützung der A. P. D.

Im preussischen Landtag haben die Kommunisten einen Antrag auf Billigung der Regierung eingebracht. Da sie aber nicht die nötigen dreihundert Unterschriften hatten, haben sie die unabhängige Fraktion um Unterstützung ersucht. Unsere Fraktion hat dieses Verlangen mit folgender Begründung abgelehnt:

„Unsere Fraktion ist nicht in der Lage, in der gegenwärtigen Situation der A. P. D. eine irgendwie geartete Unterstützung, und sei es auch nur durch Herabgabe von Unterschriften, zu gewähren.“

Die Stellungnahme unserer Partei zur Regierung und deren Maßnahmen bleibt davon unberührt.“

Die Arbeiter mögen verhungern! Die Deutschnationalen haben im Preussischen Landtag den Antrag gestellt, das Preussische Staatsministerium solle bei der Reichsregierung auf das möglichste Aushebung der Bewirtschaftung des gesamten Getreides hinwirken. Da diese Aushebung der Zwangswirtschaft die Verbraucherschneidung des Brotpreises auf mindestens 15 % bedeuten würde, so lassen die Agrarier mit diesem Antrage deutlich erkennen, daß es ihnen ganz gleichgültig ist, wenn die Masse der Bevölkerung bei solchen Preisen verhungern würde.

Monarchismus in der Cipo

Verbot der Teilnahme von Beamten in Uniform an der Beisetzung der Kaiserin

Das Kommando der Sicherheitspolizei hat folgende Verordnung Severings den Dienststellen bekanntgegeben:

„Der Herr Minister hat den Beamten der Schutzpolizei die Teilnahme an den Beisetzungsteilnahmen der früheren Kaiserin in Uniform der Schutzpolizei verboten. Ausnahmen sind die dienlich dorthin zur Absperzung kommandierten Beamten.“

Sonstige Teilnahme ist freigeblieben, soweit die Beamten dienlich abkömmlich sind.“

Wir stimmen dem Minister durchaus zu und finden es vollkommen in der Ordnung, daß er die Teilnahme der Sicherheitsbeamten in Uniform an der Beerdigung verboten hat. Soweit die Beamten an der Feierlichkeit teilnehmen wollen, tun sie es als Privatpersonen und nicht als Beamte der Sicherheitspolizei.

Von Interesse ist jedoch der Anlaß, der zur Herausgabe dieser Verordnung führte. Angehlich bestand bei einer Anzahl Hundertschaften der Wunsch, geschlossen an der Beerdigung Augustesteilzunehmen. Dadurch kam es zu Erörterungen in dieser Frage im Ministerium des Innern und schließlich zur Verordnung des Ministers.

Es wird nun behauptet, daß dieser Erlaß in den Kreisen der Polizeibeamten eine nicht unerhebliche Verärgerung hervorgerufen habe. Es könnte nach unserer Meinung gar nichts schaden, wenn die Beamten, denen eine derartige Anordnung des Ministers nicht gefällt, die Reihen der Sicherheitspolizei verließen würden. Solange sie sich innerhalb der Polizeitruppe befinden, solange es in der Sicherheitspolizei ganz Hundertschaften gibt, die irgendeinen nationalistischen Spektakel mit geschloffenen Aufmarsch in Uniform zu verschönern trachten, kann die Sicherheitspolizei nicht als eine für die Republik zuverlässige Polizeitruppe betrachtet werden. Es ist gut, daß ihr Charakter bei dieser Gelegenheit wieder einmal beleuchtet wird.

Auch Haenisch ergreift das Wort

Aus Anlaß des Ablebens der früheren Kaiserin gibt der preussische Kultusminister folgenden Erlaß bekannt, der auf Grund eines Beschlusses des Staatsministeriums bereits im Dezember vorigen Jahres an die nachgeordneten Behörden gerichtet worden ist:

Es ist bei mir angefragt worden, wie sich die mit unterstellten Lehranstalten und Institute im Falle des Ablebens eines Mitgliedes des vormaligen Königshauses zu verhalten haben.

Bei voller Würdigung der persönlichen Gefühle, die ein solches Ereignis auslöst, bin ich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß nach Aenderung der Staatsverfassung alle politisch zu wertenden Veranstaltungen, wie offizielle Trauerfeiern, Schulabschluss, Halbtodlaggen, aus einem solchen Anlaß zu unterlassen sind. Anstalten, zu denen die verlorene Persönlichkeit in besonderen Beziehungen gestanden hat, soll es unbenommen bleiben, ihres Direktors oder Vorstehers in schlichten unpolitischen Trauerfeiern zu gedenken, doch darf auf Lehrer und Schüler keinerlei Anweisung zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen ausgedrückt werden.

Dieser Erlaß ergreift im Einverständnis mit dem Staatsministerium auch Haenisch.

Den Schulreaktionären gegenüber war eine solche Verfügung besonders notwendig, denn nach Mitteilungen, die uns zugegangen sind, waren bei manchen Schulen die Vorbereitungen zu Trauerfeiern bereits getroffen. Wir sind begierig, ob sie eingestellt werden, oder was denen geschieht, die gegen die obige Verordnung verstoßen.

Wie es bei anderen Behörden aussteht, zeigt nachstehendes Rundschreiben, das beim Reichspostministerium im Umlauf ist:

Es ist angefragt worden, anlässlich der Beerdigung der Kaiserin am Dienstag, den 19. April, durch eine Abordnung einen Kranz am Grabe niederzulegen. Beiträge für die Beschaffung des Kranzes bitte hierunter zu vermerken:

Ges. Preuß. Geheimere Postamt.

Herr Ministerialamtmann Gerike, Zimmer 465, ist bereit, die gesammelten Beiträge entgegenzunehmen und den Kranz nach näherer Anweisung zu besorgen. Die Beiträge sind möglichst bald abzuführen.

Was denkt sich der Herr Postrat dabei?

Ein Erholungsurlaub

Der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt v. Simson hat einen längeren Erholungsurlaub angetreten. Die hier und da aufgetauchte Behauptung, er werde von diesem Urlaub auf seinen Posten nicht zurückkehren, wird zwar halbamtlich bestritten, aber ihre Unrichtigkeit ist damit noch nicht unbedingt erwiesen.

Daß Herr v. Simson sich gerade im gegenwärtigen Augenblick erholungsbedürftig fühlt, ist recht bemerkenswert. Er war an den bisherigen Verhandlungen über die Wiedergutmachungsangelegenheit stark beteiligt und gehörte bekanntlich an sehr einflussreicher Stelle auch der deutschen Delegation auf der Londoner Konferenz an. Nun verläßt er in dem Moment Berlin, wo die Vorbereitungen zu neuen Verhandlungen eingeleitet sind!

Sollte da doch nicht am Ende die Krankheit auf gewisse politische Erwägungen zurückzuführen sein? Herr v. Simson gehörte zu denjenigen Beamten des Außenministeriums, die noch ganz kurz vor der Rückkehr des Herrn Simons aus der Schweiz den Standpunkt vertraten, daß Deutschland seinerlei Veranlassung habe, der Entente neue Vorschläge zu unterbreiten, und es ließe sich schon denken, daß die Sinnesänderung seines Ministers seine Gesundheit einigermaßen erschüttert hätte.

Jedenfalls gönnen wir Herrn v. Simson eine recht lange und gründliche Erholung, und wir gehen in unserer Menschenfreundlichkeit so weit, auch für einige seiner Kollegen einen recht ausgedehnten Urlaub zu befürworten.

Sie schweigen noch

Das Echo auf Paulsens Programmrede

Wir haben über Stadtschulrat Paulsens öffentliches Auftreten und programmatische Darlegungen hier berichtet und nicht verschwiegen, daß wir seine Absichten billigen und zu seiner Tatkraft Vertrauen haben. Am Donnerstag hat er in der Stadtverordnetenversammlung seine Programmrede gehalten. Die bürgerliche Presse schweigt dazu im allgemeinen. Nur eine Zeitung des „Berliner Tageblattes“ läßt erkennen, daß die Schulreaktionäre Paulsen gegenüber in einiger Verlegenheit sind. Auch sie können ihm die Achtung nicht verweigern, die ihm das liberale Blatt an unwunden zubilligt, und da es in diesem Falle also mit dem üblichen Gerücht und den üblichen Verleumdungen nicht geht, schweigt der Chor der Reaktion. Das „Berliner Tageblatt“ aber schreibt, im einzelnen ließe sich wohl manches gegen Paulsens Ausführungen sagen, aber es fügt hinzu:

„Aber es wäre verfehlt, aus solchen Gegenständen im einzelnen den starken Reformwillen Paulsens unterschätzen zu wollen. Die Achtung, die Paulsen seinen sachlichen Gegnern zubilligt, wird ihm selbst gewiß nicht verweigert werden. Er ist ein starker Anreger, und solche Männer sind in der heutigen gährenden Zeit notwendig. Ob er sich auch zu einem tüchtigen Verwaltungsmann entwickeln wird, das muß abgewartet werden. Zunächst kommt es für ihn darauf an, die Auswahl seiner Mitarbeiter klug und geschickt zu treffen. Dafür wurde gestern der Weg frei gemacht.“

Weder lassen die diesen Sähen vorausgegangenen Ausführungen des Artikels über Paulsens Rede die Vermutung aufkommen, daß der Berichterstatter des Blattes Paulsens Absichten und den Sinn der Gemeinschaftsschule nicht ganz begriffen hat. Abgesehen von den Vorbehalten, die das „B. T.“ macht, bleibt also abzuwarten, ob selbst dieses Wohlwollen des demokratischen Organs von Dauer ist. Das „Berliner Tageblatt“ hat, wie wir erst jüngst andeuteten, gerade in schulpolitischen Fragen eine so bewegte Vergangenheit, daß ihm nicht recht zu trauen ist.

Die Politik der Scharfmacher

Koste und Auguste

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ äußert sich in ihrer Nummer vom 17. April „zur Lage“. Zur preussischen Regierungsbildung hat das Blatt „sachlich“ zu sagen, daß es den Herren Severing, Haenisch, Braun nachfühlen könne, daß sie wenig Neigung haben, ihr gutes Einkommen aus Staatsämtern auszugeben. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ aber habe von dieser Sorte von Staatsmännern mehr als genug. Sie braucht als Minister und Beamte Leute, die nicht durch ihre politische Vergangenheit zur Rücksichtnahme auf verhehrte Wählermassen sich verpflichtet fühlen. Was nun wir wiederum der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ nachfühlen können, denn wir wissen, daß sie „Staatsdiener“ braucht, die einer Partei angehören, die sich ihren profitorientierten Geidgebern gegenüber verpflichtet fühlt. Von welchem Kaliber Minister sein müssen, um den Beifall des Scharfmacherorgans zu finden, zeigt folgende Bemerkung des Blattes:

„Von den sozialistischen Führern haben sich nur ganz wenige wie z. B. Koste und Winnig dazu durchgerungen, die Dinge sachlich zu betrachten.“

In der Beurteilung der Koste und Winnig stimmen wir völlig mit der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ überein, nur ließe sich die Liste noch ein wenig verlängern. Von anderen abgesehen, möchten wir das Scharfmacherblatt für den eventuellen Bedarfsfall noch an Herrn Wolfgang Heine erinnern. Auch diesen überläßt die deutsche Arbeiterkassen die organisierten Scharfmacher mit außerordentlichem Vergnügen.

In dem gleichen Artikel „zur Lage“, und zwar an seiner Spitze, vergleicht die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ Tränen über den Hingang der Auguste von Hohenzollern, die eine „wahrhaft edle Frau“ gewesen sei. Alle die ihr nahegestanden haben, seien ohne Ausnahme des Lobes und der Bewunderung voll über ihre vornehme Gesinnung und das Andenken an „das Muster einer deutschen Frau und einer deutschen Mutter“ werde bei der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ haften bleiben.

Das ist nicht nur ein Akt menschlichen Gedankens dieser toten Frau gegenüber, sondern ein Bekenntnis zum Monarchismus. Auguste und Koste aber stehen für die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ auf einer Stufe. Auch dagegen läßt sich nichts sagen.

Der Kestelenauswahl des Preussischen Landtages beschloß von der beachtlichsten Veranlassung bis auf weiteres abzusehen. Die Beratung über die Urwahlen in Mitteldeutschland wird voraussichtlich das Haus auch noch in der Sonnabend- und Montagssitzung beschäftigen. Eine Beratung dürfte erst in Frage kommen, wenn die Regierungsbildung zustande gekommen ist.

Das neue ungarische Ministerium ist in unserer gestrigen Abendausgabe ungenau wiedergegeben. Die neue Ministerliste, die der Reichsverweser Horthy bereits genehmigt hat, besteht aus folgenden Männern: Ministerpräsident Graf Bethlen, Auswärtiges Graf Banffy, Inneres Graf Kadany, Finanzen Hegedüs, Ackerbau Szabo Nagyatadi, Handel Hegyesfalvi, Kultus Bak, Justiz Tomcsanyi, Landesverteidigung Veltosa, Volkswirtschaft Bernolai, Ernährung Mayer. Das Ministerium der nationalen Minderheiten wird durch den Außenminister, das Kleinlandwirtschaftsministerium durch den Ackerbauminister geführt.

Rüstet zur Maidemonstration!

Männer und Frauen des werktätigen Volkes! Am 1. Mai demonstrieren die revolutionäre sozialistische Arbeiterschaft aller Länder

- gegen die Gewalttaten des Entente-Imperialismus,
- gegen den kulturfremden Militarismus,
- gegen die Rüstungen zu neuen Kriegen,
- gegen die Vergewaltigung und Versklavung des Proletariats durch den internationalen Kapitalismus,
- für Befreiung der Gewalt-Friedensverträge,
- für das Selbstbestimmungsrecht der Völker,
- für den Völkerfrieden,
- für die Befreiung aller Ausgebeuteten und Gefährdeten durch den Sozialismus.

Die Berliner Arbeiterschaft der U. S. P. D. demonstriert am 1. Mai, vormittags 11 Uhr

im Lustgarten.

Gesinnungen und Genossen, trifft alle Vorbereitungen, um die Kundgebung zu einer massvollen Demonstration für den internationalen Kampf zur Durchföhrung des Sozialismus zu gestalten.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Jugendwohlfahrtsgesetz

Ausnahmegesetze gegen Jugendliche

Der vom Reichstag zur Beratung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes eingesetzte Ausschuss begann gestern mit seiner Beratung. Der Eintritt in die Tagesordnung beantragte Gen. Rosenfeld: Der Ausschuss möge die Reichsregierung ersuchen, die Gerichtsbarkeit der Ausnahmegesetze über Jugendliche aufzuheben. Wenn die Jugendfachverständigen aller Reichslagekammern zu einer Besprechung über die Jugendwohlfahrt zusammenkommen, können sie unendlich hilfreich daran partizipieren, daß durch die Beförderung des Reichspräsidenten auch Jugendliche vor die Ausnahmegesetze gestellt

Jugendliche vor die Ausnahmegesetze gestellt
und. In jahrelanger Arbeit ist endlich eine besondere Organisation der Jugendgerichte aufgebaut. Diese wird durch die oberinstanzliche Beförderung gefördert. Eine solche Beförderung muß aufgehoben werden. Abg. Rumm (Dn.): Ich erhebe gegen die Beratung des Antrages Rosenfelds Einspruch. Frau Reuhaus (Zentr.): Es besteht eine starke Strömung, Jugendliche überhaupt nicht vor den Strafgerichte zu stellen. Diese Bewegung würden wir fördern, wenn wir jetzt nur fordern, daß die Jugendlichen wieder wie früher vor Jugendrichtern gestellt werden. Gen. Rosenfeld: Herr Rumm spielt sich immer als Beschützer der Jugend auf. Hier müßten ihm formale Gesichtspunkte herhalten, um den Schutz der Jugend vor den Ausnahmegesetzen abzuwehren. Auch wir unterstützen das Bestreben, die Jugendlichen überhaupt nicht vor den Strafgerichte zu stellen. Dies ist aber in diesem Augenblick nicht zu erreichen, d. h. dringend notwendig und sofort durchführbar ist aber der Schutz der Jugendlichen wenigstens vor den Ausnahmegesetzen. Dr. Kuntze (D. B.): Nach der Geschäftsordnung dürfen wir uns nur mit der Gesetzesvorlage beschäftigen, die uns überwiesen ist. Ich lehne den Antrag Rosenfelds ab. Gen. Rosenfeld: In dieser für die Jugend so wichtigen Frage dürfen wir nicht so formale Gesichtspunkte entzünden lassen. Tag für Tag füllen die Ausnahmegesetze Urteile gegen Jugendliche. Dagegen muß der Ausschuss sofort Stellung nehmen. Genemann (D. B.): Wenn der Reichstag zusammentritt, wird, ist Zeit genug, über diese Dinge zu sprechen. (!!!) Frau Juchacz (Soz.): Wir wünschen, daß jeder Schritt getan wird, der dazu führt, die bedrohte Jugend sofort wieder den Jugendgerichten zuzuföhren. Frau Jettin (Komm.): Formell haben wir nicht den Auftrag, zu den Ausnahmegesetzen Stellung zu nehmen, aber moralisch ist es nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht, zu fordern, daß die Jugendlichen ausnahmsgerichtlich entzogen wird. Gen. Rosenfeld: Wenn die Herren von den bürgerlichen Fraktionen sich vom national-liberalen Standpunkt aus für eine Angelegenheit interessieren würden, so würden sie gewiß keine Kompetenzwierigkeiten machen. Hier aber erheben sie Einspruch, obgleich Jugendliche jeden Tag vor den Ausnahmegesetzen stehen und schleunigst Einzelreife notwendig ist.

Abg. Marx (Zentr.): Die Reichsregierung müßte doch erst Nachricht erhalten, daß wir zu den Ausnahmegesetzen Stellung nehmen wollen. Wir müssen auch erst durch Sachverständige unterrichtet werden, wenn wir diese Frage erörtern wollen. Gen. Rosenfeld: Zur Beurteilung dieser Angelegenheit braucht man nur die oberinstanzliche Beförderung zu lesen und etwas Liebe für die Jugend

zu besitzen. Wenn Sie noch mehr Aufklärung haben wollen, so sind das nur Ausreden. Im übrigen ist ja der Herr Unterstaatssekretär Schulz hier, er kennt die Materie und brennt gewiß darauf, gegen die Beförderung des Reichspräsidenten Stellung zu nehmen. Unterstaatssekretär Schulz (Reinrich Schulz): Ich bin Vertreter der Reichsregierung und habe kein Recht, zu der Sache Stellung zu nehmen.

Der Ausschuss beschloß alsdann, gegen unsere Stimmen, sowie die der Mehrheitssozialdemokraten und der Kommunisten, den Antrag Rosenfelds nicht zuzulassen. Darauf trat der Ausschuss in die Generaldebatte ein.

Abg. Rumm (Dn.): Mit vollem Recht zeigt

der Gesetzentwurf über die Reichsjugendwohlfahrt eine gewisse Resignation. Ein alle Jugendfragen umfassendes Gesetzmäßig zu schaffen, ist schließlich undurchführbar. Das Gesetz muß aber die Familie mehr in den Mittelpunkt stellen. Sie muß gefördert werden. Vertreter der bayerischen Regierung: Das Gesetz erfordert zu viel Kosten, noch dazu für Aufgaben, die man als sozial unrentabel bezeichnen muß. Die bayr. Regierung stimmt deshalb dem Gesetz nicht zu, auch nicht in der Fassung der Reichsregierung. Unterstaatssekretär Schulz: Die Reichsregierung hält das Gesetz für lebensnotwendig. Feuermann (D. B.): Das Gesetz ist eine Halbheit. Unterstaatssekretär Schulz: Das Gesetz entspricht allerdings nicht allen Forderungen einer idealen Jugendpflege. Das Jugendgerichtsbefreiungsgesetz liegt bereits dem Reichsrat vor, ein Lehrerbildungsgesetz, ein Berufsschulengesetz, ein Kindererziehungsplattgesetz und ein Gesetz zum Schutze der unehelichen Kinder sind in Vorbereitung. Kälz (Dem.): 50 Millionen sind für dieses Gesetz unzulänglich. Mindestens 200 Millionen müssen zur Verfügung gestellt werden. Die ganze Organisation ist zu bürokratisch aufgebaut. Gen. Rosenfeld: Die bayr. Regierung treibt mit ihrem Recht zum Einspruch gegen Gesetzesvorhaben Mißbrauch, so daß dieser Einspruch mit der Zeit keinen Eindruck mehr macht.

50 Millionen sind viel zu wenig. Wir fordern das Jethische. So lange die Reichsregierung für so überflüssige Dinge wie die Reichswehr und den Kreuzer Geld zur Verfügung hat, kann für die Jugendwohlfahrt kein Geld abgelehnt werden. Das Gesetz muß einen ganz anderen Charakter erhalten. Die Erziehungsfrage ist eine eminent wichtige Frage der Öffentlichkeit geworden. Alle Jugendpflege kann nur Bedeutung haben, wenn sie nicht als Schulunterrichtsmaßnahme, sondern als allgemeine erzieherische Grundlagen gibt. Es

müssen Einrichtungen geschaffen werden, in denen die Jugend findet, was sie in der Familie nicht mehr hat. Gesetze können die Familie weder erhalten noch zerstören. Der Familienverband ist durch die wirtschaftliche Entwicklung zerstört. Die Familie ist heute keine Arbeitsgemeinschaft mehr. Die Jugend muß die Möglichkeit haben, an der Arbeit in der Jugendgemeinschaft zu arbeiten. Die Frage der unehelichen Kinder muß in das Gesetz aufgenommen werden. Der Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Kindern endlich beseitigt werden. Auch ohne die Voraussetzungen der Fürsorgeerziehung und Schutzauflage muß eine Fürsorge des Staates eintreten können. Die Überleitung aus der Fürsorgeerziehung in die freie Gesellschaft muß gesetzlich geregelt werden. Frau Reuhaus (Zentr.): Reichsgesetzliche Regelung der Jugendfürsorge ist notwendig. Die Scheidung von ehelichen und unehelichen Kindern muß aufrecht erhalten bleiben. Frau Juchacz (Soz.): Eine im sittlichen und wirtschaftlichen Fundament gesunde Familie kann durch das Gesetz nicht gefährdet werden, selbst nicht durch ein gelegentliches Dretreten des Jugendamtes. In der Spitze der Jugendämter dürfen

keine Paragrafenmenschen

leben. Frau Jettin (Komm.): Die Familie vermag heute gegenüber dem Rechtsanspruch des Kindes. Auch wir möchten die Familie als einen Träger der Erziehung sehen, soweit die Familie eine sittliche Einheit ist, die das Kind zu erziehen vermag. Mit den wirtschaftlichen Verhältnissen hat aber die Familie ihr Wesen geändert. Früher lag die Familie aus der produktiven Tätigkeit von Mann und Frau ihre große erzieherische Kraft, heute ist die Familie keine produzierende erzieherische Kraft, heute ist die Familie keine produzierende Einheit mehr, sondern in der Mehrzahl der Fälle nur eine konsumierende Einheit. Beweis ist in großen Kreisen der Bevölkerung diese erzieherische Kraft der Familie verloren gegangen. Das Gesetz geht nicht weit genug! Der erzieherische Wert der Familie ist nicht nur in der Arbeiterklasse verloren gegangen, sondern vielleicht in weit höherem Maße bei den oberen Schichten. Unsoziale Elemente sind alle, die leben, genießen, vergnügen, ohne durch eigene Arbeit etwas zu leisten. Ein Vertreter der Reichsfinanzverwaltung: 50 Millionen ist das Höchste, was das Reich auszubringen vermag. Die Finanzfrage muß auch unter dem Gesichtspunkt behandelt werden, welchen Eindruck es auf die Entente machen wird, wenn Deutschland noch mehr Geld für die Jugendfürsorge ausgibt. Kuntze (D. B.): Wir wollen die Familienziehung und nicht, wie die Sozialisten und die Kommunisten, eine sozialistische Erziehung.

Beamtenchaft und Wirtschaftspolitik

Ueber die künftige Stellung des Deutschen Beamtenbundes zur Wirtschaftspolitik hat die Bundesausschussung am 28. März auf Grund eines Vortrags des Bundesdirektors Dr. Böllner über „Beamtenum und Wirtschaft“ folgende Beschlüsse angenommen: Die Beamtenwirtschaft ist ein Teil der Volkswirtschaft. Klare Beamtenwirtschaftspolitik bedingt daher auch die Einwirkung auf die Wirtschaftspolitik. Richtungsgebend für die Stellungnahme der Beamtenwirtschaft zur Wirtschaftspolitik ist die Lage der Beamten als Arbeitnehmer und Verbraucher. Der Deutsche Beamtenbund vertritt daher den Standpunkt, daß der Beamte als berufsmäßiger Diener der Gesamtheit in der Wirtschaftspolitik stets das Allgemeinwohl den Privatinteressen voranzustellen hat. Entsprechend diesen Grundsätzen wird der Deutsche Beamtenbund gemäß seiner parteipolitisch neutralen Organisationsgrundlage unabhängig von allen parteipolitischen Gesichtspunkten zu den für die Beamten wesentlichen Wirtschaftsfragen Stellung nehmen.

Diese Entschloßung ist merkwürdig wider spruchsvoll. Als Konsumentengruppe ist die Beamtenchaft infolge ihrer großen Zahl ja bedeutsam, daß alle wirtschaftlichen Vorgänge zu den für die Beamten wesentlichen Wirtschaftsfragen gehören dürften. Soll den Beamten bei der Wahrung ihres Konsumenteninteresses sowie „als berufsmäßiger Diener der Gesamtheit in der Wirtschaftspolitik stets das Allgemeinwohl den Privatinteressen (der Kapitalisten — denn um sie kann es sich nur handeln) voranzustellen“, so kann er das nur in enger Interessen- und Ideengemeinschaft mit der sozialistischen Arbeiter- und Angestelltenchaft und mit Hilfe einer Wirtschaftspolitik, deren Ziel die sozialistische Wirtschaft ist. Ist das so schwer zu begreifen?

Also wozu die ängstliche Betonung der Unabhängigkeit von allen parteipolitischen Gesichtspunkten? Und wie ist überhaupt Wirtschaftspolitik ohne parteipolitische Gesichtspunkte möglich?

Rückzahlung von Kassenbeiträgen

Die Verordnung über die Rückgewähr von Beiträgen bei privaten Pensionskassen vom 30. März 1921, über die wir schon berichteten, ist im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden. Sie hat damit Rechtskraft erhalten. Diese Verordnung betrifft private Fabriks-, Betriebs-, Firmen-, Haus-, Verwaltungs-, Seemannspensionskassen oder ähnliche private Pensionsanstalten. Sie bestimmt, daß Arbeitnehmer, welche in der Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1919 bei einem privaten Betriebe oder Bergwerken in Arbeit traten und durch den Arbeits- oder Dienstvertrag oder durch eine dort bestehende Übung einer Pensionskasse beitreten mußten, einen Anspruch auf Rückgewähr der nach dem 1. August 1914 aus eigenen Mitteln gezahlten laufenden Beiträge, Eintrittsgelder usw. haben, wenn das Ausschneiden aus der Beschäftigung und der Berichtigung zwischen dem 1. August 1914 und dem 31. Dezember 1919 erfolgt ist. Solchen Versicherten, die schon vor dem 1. August 1914 in das Arbeits- und Versicherungsverhältnis eingetreten und zwischen dem 1. August 1914 und dem 31. Dezember 1919 wieder ausgeschieden sind, sind die entsprechenden nach dem 1. August 1914 gezahlten Leistungen zurückzuerhalten. Bereits empfangene Abgangvergütungen müssen sich die Versicherten in beiden Fällen auf die Rückzahlung anrechnen lassen.

Anträge auf Rückgewähr sind spätestens binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung bei der Pensionskasse oder dem zuständigen Arbeitgeber zu stellen. Weitere Einzelheiten sind in der im Reichsgesetzblatt 37 S. 369 abgedruckten Verordnung zu ersehen.

Gerichtliche Einfalt

Auf den Einspruch der „Roten Fahne“ wegen der Beschlagnahme von Maschinenteilen beim Amtsgericht Berlin-Mitte, ist folgendes Urteil verhängt worden, das wir wörtlich wiedergeben:

Beschluß!

In der Ermittlungssache gegen den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“ Schölen, wird die Beschlagnahme des Staatsanwalts bei dem außerordentlichen Gericht beim Landgericht 1 Berlin betreffend die Rotationsmaschine bestätigt, da sie zur Begehung eines versuchten Verbrechens gebraucht und bestimmt ist, und demgemäß ihre Einziehung möglich erscheint sie auch als Verweismittel in Frage kommt.

as. Nicolai.

Der Herr Staatsanwalt Jäger scheint demnach Richter gefunden zu haben, die ebenso geringe Kenntnis der deutschen Sprache haben, wie er Kenntnis der Geetze.

An unserer Meinung, daß das Vorgehen der Staatsanwaltschaft ungesetzlich ist, kann auch dieser Beschluß nichts ändern. Es bleibt auch dabei, daß die Welt mit viel mehr Einfalt registriert wird, als mit Verstand.

Die Hege gegen Kasperek

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die bürgerliche Presse das Kesseltreiben gegen Seegering und Hörling auch auf die sozialistischen Landräte ausgedehnt, die im mitteldeutschen Gebiet ihres Amtes walten. Am größten ist die Hege gegen den unabhängigen Landrat Kasperek in Sangerhausen. Die bürgerlichen und die kommunistischen Kreisauschussmitglieder haben jetzt sogar die Zusammenarbeit mit Kasperek abgelehnt. Aber gerade die Tatsache, daß die Gegnerschaft von rechts und von links kommt, zeigt, wie unbegründet die Angriffe der Rechtsparteien gegen Kasperek sind.

Am Freitag erschienen im Landratsamt in Sangerhausen ein Beamter der Staatsanwaltschaft in Nordhausen, um eine Hausdurchsuchung vorzunehmen, die angeblich wegen Verdachts der Teilnahme Kaspereks an hochverräterischen Unternehmungen und Ausfuhr notwendig sei. Selbstverständlich hat Kasperek sich diesen unzulässigen Eingriff mit dem Erfolg, daß die Beamten wieder abrückten. Beschwerde über dieses unerhörte Verhalten ist beim preussischen Justiz- und bei dem preussischen Innenminister eingereicht worden.

Im Gegensatz zu diesem Verhalten der Staatsanwaltschaft aber steht die Tatsache, daß sie bisher auf den Strafantrag Kaspereks gegen die bürgerlichen Zeitungen noch nichts unternommen hat. In einer dieser Zeitungen war z. B. behauptet worden, Kasperek habe bei den Wahlen in einem Orte errufen, wenn die Weiden blühen, dann würden auch dort die Maschinengewehre knallen und die Geschütze donnern. Kasperek ist aber an jenem Tage in einem ganz andern Orte gewesen.

Daß die Hege gegen Kasperek nur der Versuch der bürgerlichen ist, einen ihnen unbehaglichen Menschen aus seinem Amte zu entfernen, geht wohl zur Genüge aus der Tatsache hervor, daß noch in dem letzten Provinzialparlament der Oberpräsident Hörling erklärte, daß sich in der Volkshauszeit in ganz Sangerhausen nur ein einziger Mann korrekt benommen habe, nämlich der Landrat Kasperek.

Römische Käuze

Der Hochverrat des Prinzen Max und der Volksbeauftragten

Ein Frankfurter Rechtsanwalt Namens Ebenau hatte den sonderbaren Einfall, gegen den Prinzen Max von Baden und die fünf Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann, Landsberg, Dittmann und Barth eine Anzeige wegen Hochverrats zu erstatten. Den Hochverrat des Prinzen Max erblickte Ebenau in der amtlichen Bekanntmachung vom 9. November 1918, worin die Thronentsagung Wilhelms mitgeteilt wird, obwohl eine Abdankungserklärung zu jener Zeit noch nicht vorlag. Und daß Prinz Max dann die Geschäfte des Reichskanzlers an Freiherr Ebert übertragen habe, stelle eine gewaltsame Änderung der Reichsverfassung und demnach Hochverrat (§§ 81 und 82 des St. G.) dar. Diefelbe Beschuldigung hatte Ebenau gegen Ebert, Scheidemann, Landsberg und Dittmann erhoben und gegen Emil Barth stellte er außerdem den Strafantrag, weil er durch Organisation und Leitung der Revolution in Berlin den gewalttätigen Sturz des Reiches vorbereitet und durchgeführt hat.

So schrullenhaft diese Strafanzeige Ebenaus ist, so mutet doch die Begründung der Ablehnung des Strafantrages durch den Oberreichsanwalt fast noch sonderbarer an. Der Oberreichsanwalt führt nämlich aus, daß die Tat der Beschuldigten, die eine politische ist, durch die Amnestie der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 einer strafrechtlichen Verfolgung entrückt sei. Und das Reichsgericht, an das sich Ebenau beschwerdeführend gewandt hatte, schloß sich dieser Auffassung an. — Also, ohne die Amnestie der Volksbeauftragten wäre der Oberreichsanwalt eingeschritten. Das heißt, die Amnestie existiert für den Oberreichsanwalt, denn sie ist eine juristische Angelegenheit. Die Revolution aber, und das darauf begründete historische und politische Recht, findet sich nicht in seinen Akten. Glänzend!

Schadenertrag für Revolutionsfolgen

Eine unglaubliche Geschichte

Aus Braunschweig wird gemeldet: Die Mühlenbaufirma Amme, Giesecke u. Koenigen, A.-G., hat an den braunschweigischen Staat eine Forderung von ca. 6 1/2 Millionen Mark gerichtet, als Ersatz für den Schaden, der ihr durch Abschaffung der Arbeitskraft und Einführung der Lohnarbeit unter den Volksbeauftragten im Jahre 1919 erwachsen ist. Das Reichsgericht hatte seinerzeit die Schadenerschuldigkeit des Staates anerkannt.

Man weiß nicht, ob man lachen oder weinen soll. Eine ganze Geschichtsepochen ist erfüllt und gekennzeichnet vom Raub der Proleten am Vermögen und an der Arbeitskraft des Volkes, und nun, da keine Eingriffe einer revolutionären Staatsgewalt die Alleinherrschaft dieser Herren in bescheidenem Umfang einschränken, hat diese Sippschaft die Frechheit, Schadenersatz zu fordern. Es kennzeichnet die politische Situation, daß sie den Mut haben, mit solchen Ansprüchen hervorzutreten, und es beleuchtet die geltenden Rechtsbegriffe, daß das Reichsgericht die Erschuldigung des Staates anerkennt. Vielleicht auf Grund des Tumultschadengesetzes?

Demnächst wird dieses hohe Gremium den sieben Golt anklagen, weil der Blick eingeschlagen hat.

Papierpreiserhöhung und Reichstag. In der Sitzung des Vorkonferenz des Reichstages hat Reichstagspräsident Lohde den Vorschlag gemacht, sofort beim Zusammentreten des Parlaments eine internationale Konferenz von Abgeordneten aller Parteien zur Besprechung über die Frage der Papierpreiserhöhung, gemeinsam mit den Organisationen der Zeitungsbesitzer abzuhalten. Der Vorschlag ist von allen Parteien gebilligt worden.

Eine Fremdensteuer in Frankreich. In der Kammer wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der die Besteuerung der Fremden verlangt. Das Erträgnis dieser Steuer soll zur Erhaltung der Sehenswürdigkeiten Verwendung finden.

Die englische Arbeitslosigkeit. Am 8. April betrug die Zahl der Arbeitslosen in England 1 615 000. Das bedeutet eine Steigerung um 100 000 gegenüber der Vorwoche. 897 000 Arbeiter sind ferner bei verkürzter Arbeitszeit tätig.

Neue Regierung in Finnland. Der finnische Staatspräsident ernannte folgende Regierung: Wenoja Ministerpräsident, Heino Neuhoves, Kati Finnanen, Rita Puoti Janeros, Dr. Heimo Helminen Juhani, Bullinen, Bertel, Oberst Härmäläinen, Kari, Piikka, Kullus, Ingenieur Wallonen, Handl, Joulahainen Sozialist, Kallio Landwirtschaft mit Kullanen als Gehilfen, Lestere drei und Bullinen gehören der Bauernpartei an, die übrigen der Fortschrittspartei.

Groß-Berlin

Bauernfang der Kirche

Zu allen Zeiten hat es die Kirche in raffinierter Weise verstanden, ihren unerfülllichen Magen zu füllen und jedes Mittel war ihr dazu recht. Unzählige Male haben wir uns dagegen gewendet, daß die Berliner Stadtsynode Steueranforderungen wahl- und planlos versendet, auch an solche Personen, die schon seit Jahren der Kirche den Rücken gekehrt haben oder niemals der Kirche angehört.

In diesem Verfahren liegt System. Man rechnet damit, daß die also Beglückten die Veranlagung achlos beiseite legen, in der Annahme, daß die unrechtmäßig erfolgte Veranlagung und Zahlungsaufforderung sie nichts angehe. Meist glauben viele auch, es nicht nötig zu haben, für das „Besehen“ noch Porto zu zahlen. Aber wehe denen, die so handeln! Nicht lange danach erscheint der Vollziehungsbeamte und rüchlos lassen die Prediger der Nächstenliebe das Geld eintreiben. Sie haben ja das „Recht“ auf ihrer Seite.

Es ist also richtiger gelungener Bauernfang, der im verstärkten Maße angewendet wird, weil immer mehr Staatsbürger den Charakter der Staatskirche erkennen und ihr den Rücken kehren. Mit solchen Mitteln wird man diese Bewegung noch beschleunigen. Darum hat man den Kirchenaustritt auch wieder dadurch erschwert, daß alle, die jetzt erst ausscheiden, noch für ein volles Jahr Kirchensteuern zahlen müssen.

Wer also nicht länger der Kirche unnütze Steuern schenken will und aus Bequemlichkeit seinen Austritt noch nicht erklärt hat, sollte das schleunigst nachholen! Wer aber zu Unrecht eine Veranlagung zur Zahlung von Kirchensteuern erhält, sende diese der Synode wieder zu mit der Angabe, an welchem Tage und vor welchem Amtsgericht der Austritt erklärt wurde.

Bekleidungsabteilung für Erwerbslose

Die Erwerbslosenfürsorge hat in dem früheren Markthallengebäude, Eingang Breite Str. 36, einen Verkauf von Kleidung, Wäsche und Schuhzeug eingerichtet, in dem jeder Groß-Berliner Erwerbslose oder Kurzarbeiter, der seit acht Wochen unierntlich wird, Einkäufe auf Abzahlung machen kann. Ledige haben bis 350 M., Verheiratete bis 600 M. Kredit. Es sind 10 Prozent des Kaufpreises anzuzahlen. Der Rest wird durch Abzüge von der Unterstützung oder vom Arbeitslohn im Laufe eines halben Jahres gedeckt. Die Einrichtung besteht seit dem Winter 1919-20, fand jedoch früher keinen rechten Anklang, da nur geringwertige getragene Sachen, meistens aus Heeresbeständen, geführt wurden. Als getragene Kleidung nicht mehr erhältlich war und die Bereinigung der Erwerbslosen immer höher stieg, ordnete der zuständige Dezentrat, Stadtrat Weise, den Ankauf besserer Kleidung an. Diese Gegenstände sind, wie wir uns durch Augenschein überzeugen konnten, wirklich preiswert und von guter Beschaffenheit. Beispielsweise kosten ein reinwollener, erstklassig verarbeiteter Herrenanzug 310 M. und ein Paar starke rindlederene Herrenschuhe 130 M. Die Sachen für Kinder und Frauen sind ebenfalls erheblich billiger wie im freien Handel und bedeuten, weil auf Abzahlung sofort erhältlich, eine wertvolle Hebung der Moral der Erwerbslosen, die nun nicht mehr als „Penner“ herumzulaufen brauchen und deshalb vor mancher Verzweiflungstat bewahrt bleiben. Zur Zeit beträgt der ausstehende Kredit rund 1 700 000 M. und verteilt sich auf rund 11 500 Schuldner, während 2600 Erwerbslose ihre Schuld bereits beglichen haben. Es werden täglich durchschnittlich 220 Käufe bei einem Umsatz von 40 000 M. abgeschlossen.

Eine größere Ausdehnung der Abteilung, in der mit Aussicht, Einkauf, Verkauf und Schuldnerkontrolle 25 Personen tätig sind, ist beschränkter Raumverhältnisse halber nicht möglich. Es kann nur ein kleiner Bruchteil der Antragsteller täglich abgefertigt werden. Zur Zeit sind die Listen der Geschäftsführer der Erwerbslosenfürsorge, die die Kleiderberechtigungsscheine ausstellen, für die nächsten fünf Wochen besetzt.

Die Stadt Berlin erfüllt mit dieser Einrichtung eine soziale Forderung. Sie schützt die Vermögen der Armen vor wucherlicher Ausbeutung, ohne dabei selbst Gefahr zu laufen, irgendwelchen nennenswerten Verlust zu erleiden. Die Stadtväter dürfen bei Bewilligung der Kredite nicht allzu kleinlich sein, da selbstver-

ständlich in ein Abzahlungsgeschäft mit derart riesigem Kundenkreis bei den heutigen Warenpreisen erhebliche Summen hineingesteckt werden müssen.

Wie der Abteilungsleiter erklärte, gehen die Abzahlungsraten ziemlich regelmäßig ein. Ein Verlust für den Stadtsäckel sei nicht zu befürchten. Die Stadt könne sich ein großes Verdienst erwerben und würde viel Not lindern, wenn sie den städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten gestatten würde, an dieser segensreichen Einrichtung teilzunehmen.

Aufhebung der Strombeschränkung

Die Kohlenwirtschaftsstelle in den Marken teilt mit:

Im Einvernehmen zwischen dem Magistrat Berlin und der Kohlenwirtschaftsstelle in den Marken, hat Herr Stadtbaurat Horten am 1. April d. J. für die innerhalb der Stadtgemeinde Berlin belegenen Elektrizitätswerke das Amt des Vertrauensmannes des Herrn Reichskommissars für die Kohlenverteilung übernommen. Auf Antrag des Vertrauensmannes erfolgt mit Wirkung vom 15. d. M. ab die Aufhebung der Bekanntmachung der Kohlenwirtschaftsstelle vom 15. Februar 1921. Damit sind die zeitlichen Beschränkungen in der Stromentnahme aufgehoben. Die Kohlenwirtschaftsstelle erläßt mit Wirkung vom 15. April eine Bekanntmachung, in welcher industriellen und gewerblichen Betrieben in den Gebietsteilen der Stadtgemeinde Berlin und der Kreise Teltow und Niederbarnim, die an öffentliche Stromerzeugungsunternehmen angeschlossen sind oder mittelbar von solchen versorgt werden, auch fernerhin die Verpflichtung auferlegt wird, monatlich nicht mehr elektrischen Strom zu entnehmen, als sie durchschnittlich in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1920 von der damals zulässigen Menge monatlich tatsächlich verbraucht haben. Inwieweit seit dem 1. November 1920 eine der Menge nach von Vorkonsum abweichende Kontingenzierung erfolgt ist, bleibt dieselbe in Kraft. Verbraucher mit einer monatlichen Stromentnahme bis 1000 kWh (bisher 250 kWh) werden von dieser Bestimmung nicht betroffen. Der zuständige Vertrauensmann des Reichskommissars für die Kohlenverteilung kann Ausnahmen von diesen Bestimmungen bewilligen oder Einschränkungen jeder Art festsetzen.

Die Aufhebung der zeitlichen Beschränkungen und die damit verbundene Erleichterung des Strombeweges ist lediglich auf den fortwährenden Rückgang in der Beschäftigung der Industrie zurückzuführen, welcher den Strombedarf derart herabmindert, daß seine Deckung trotz der sinkenden Kohlenzufuhren verminderten Schwierigkeiten begegnet.

Am Zweifeln zu begegnen, wird darauf hingewiesen, daß die zurzeit in Geltung befindlichen Bekanntmachungen des Kohlenverbandes Groß-Berlin über die Einschränkungen des Stromverbrauchs für Ladengeschäfte, Warenhäuser usw. sowie für gewerbliche Betriebe und Bergbau- bzw. Unterhaltungsunternehmen unverändert in Kraft bleiben.

Milchlieferung. Am Sonnabend, den 16., Sonntag, den 17. und Montag, den 18. April, werden die D 1- und D 2-Karten mit 1/2 Liter Frischmilch beliefert. Die D 3-Karten werden nicht beliefert. Am Sonnabend, den 16. April werden die 1/2-Liter-Krankenkarten mit Frischmilch beliefert, mit Ausnahme der Bezirke 5, 6, 7 und 8. Als Ersatz wird in diesen Bezirken 1/2 Liter Emulsionsmilch verausgabt. Am Sonntag, den 17. April werden die 1/2-Liter-Krankenkarten mit Frischmilch beliefert, mit Ausnahme der Bezirke 1, 2, 3, 4 und 8. Als Ersatz wird in diesen Bezirken 1/2 Liter Emulsionsmilch verausgabt. Am Montag, den 18. April werden die 1/2-Liter-Krankenkarten mit Frischmilch beliefert, mit Ausnahme der Bezirke 5, 6, 7 und 8. Als Ersatz wird in diesen Bezirken 1/2 Liter Emulsionsmilch verausgabt. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher.

Im Interesse der Steuerpflichtigen werden im Nachstehenden die Fahrpreise der normalen Großen Berliner Straßenbahn, Berliner Stadtbahn, Straßenbahn und Berliner elektrischen Straßenbahnen A.-G. für 1920 wiederholt: Einzelfahrkarte ab 1. Januar 1920 30 Pf.; Einzelfahrkarte ab 1. April 1920 30 Pf.; Einzelfahrkarte ab 21. Mai 1920 70 Pf.; Einzelfahrkarte ab 1. Dezember 1920 80 Pf.; Sammelkarte ab 1. Januar 1920, 7 Fahrten zu 2 M.; ab 1. April 1920, 6 Fahrten zu 3 M.; ab 21. Mai 1920, 8 Fahrten zu 5 M.; ab 1. Dezember 1920, 8 Fahrten zu 6 M.; Monatskarte für 1 Linie im Januar bis einschl. März 1920 2,50 M.; im April und Mai 1920 40 M.; im Juni bis einschl. November 1920 56 M.; im Dezember 1920 70 M.

Warnung für Kleingärtner. Der Zentralverband der Kleingärtnervereine Deutschlands, Gauverband Groß-Berlin, S.O. 16, Köpenicker Straße 32a, macht darauf aufmerksam, daß ein 26 bis 28 Jahre alter Schwindler versucht, Laubentkolonisten, welche im

Begriff sind, zum Frühjahr eine Laube zu bauen, um Geldbeiträge zu pressen. Derselbe erkundigt sich unter Belüge von falschem Namen (Friedig oder Sievert) auf den Laubentkolonien nach Name und Wohnung der betreffenden Kolonisten, welche bauen wollen, schwindelt letzteren vor, daß er größere Posten von Bretter besorgen kann und sucht dann die Frauen in der Wohnung auf. Er gibt an, im Auftrage des Mannes zu kommen, um für bestellte Bretter den Betrag abzuholen, was ihm in mehreren Fällen geglückt ist.

Verhaftung der Attentäter auf das Elektrizitätswerk Unterfree. Während der letzten Märzunruhen drang in das Elektrizitätswerk Unterfree in Spandau-Kuhleben, das die Berliner Hochbahn mit Strom versorgt, ein größerer Trupp Männer ein, verjagte die im Schalterraum des Werkes diensttunenden Arbeiter und Angestellten und machte den Verlust, den Betrieb stillzulegen. Eine Handgranate wurde am Schalterwert befestigt und ein Paket mit Dynamit unter die Schalterhebel gelegt. Zum Glück funktionierte die Zündschnur nicht, so daß die erwartete Sprengwirkung nicht eintrat. Von den Verbrochenern fehlte zunächst jede Spur. Bei der Dienststelle 1 A des Polizeipräsidenten Berlin wurden letzter verschiedene Angestellte des Kraftwerks mit solchen Kommunisten, die im Verdacht der Täterschaft standen, konfrontiert. Die Gegenüberstellungen führten schließlich zu dem Ergebnis, daß die Angestellten des Werkes die Täter erkannten.

Haubanfall in Spandau. Gestern abend gegen zwölf Uhr wurde ein Fräulein Gertrud Bruhn, das sich in Begleitung ihres Bräutigams, eines Herrn August Rath befand, in Spandau vor dem Hause Schönwalder Straße 34 von vier Männern angefallen. Rath setzte sich, so gut er konnte, zur Wehr. Es gelang ihm aber, da er selbst zu Boden geschlagen wurde, nicht, zu verhindern, daß auch seine Verlobte von dem Gesindel gegen eine Hausmauer geschleudert wurde und zu Fall kam. Die Räuber durchwühlten die Manteltaschen des Mädchens und machten sich gerade daran, auch die Brusttaschen Raths einer näheren Prüfung zu unterziehen, als auf die Hilferufe der Ueberfallenen mehrere Passanten herbeieilten, drei von den Räubern in die Flucht schlugen und einen von ihnen, einen gewissen Paul Schulz aus der Lannstraße in Spandau, überwältigten und festhielten. Die Ueberfallenen, die zum Glück nur leichte Kopfverletzungen davongetragen haben, konnten ohne Zuanpruchnahme der Rettungsstation ihren Weg nach Hause fortsetzen.

Ein junger Abenteuerer wurde gestern in einem hiesigen Hotel festgenommen. In der Friedrichstraße sitzt kürzlich ein Gast ab, der sich als Jockey in das Fremdenbuch eintrug. Er ging keiner Beschäftigung nach, erschien aber umlocher, sein geliebtes, mit Monokel und leidetem Taschentuch, in den Lokalen der Ledewelt, wo er mit dem Gelde nicht sparte. Als er gestern die Rechnung, die auf 3400 Mark angelaufen war, bezahlen sollte, gab er einen Scherz. Der Wirt ging gleich zur Bank, um das Papier einzulösen, erfuhr aber, daß das Scheinbuch, aus dem es stammt, gestohlen und daß das Konto gesperrt war. Jetzt wurde der angeklagte Jockey festgenommen und nach dem Polizeipräsidenten gebracht. Hier ergab sich, daß er ein 18-jähriger Friedrich H. aus Gellertstraße ist, der den Vater seines Freundes in Dortmund ein Scheinbuch gestohlen hatte.

Durch die Entschlossenheit einer Frau wurden zwei gefährliche Wohnungseinbrüche unerschütterlich gemacht. Als die Frau von einem Ausgang nach ihrer Wohnung in der Marienburgerstr. 37 zurückkehrte, fand sie die Tür, die sie abgeschlossen hatte, nur noch eingeklinkt. Beim Eintritt sah sie sich zwei Männern gegenüber, von denen der eine sofort einen Revolver zog und sie durch Drohungen zunächst in Schach hielt. Nachdem der eine mit einem Teil der Beute entflohen war, entfernte sich unter fortgesetzten Drohungen auch der andere. Raum aber hatte er den Rücken gemandt, da schlug die Frau Alarm und nun wurden beide von den Hausgenossen verfolgt. Der eine versuchte jetzt mit dem alten Verbrechertrick, unter lauten Rufen „Haltet den Dieb!“ sich den Verfolgern anzuschließen. Das half ihm aber nichts. Die entschlossene Frau ließ auch ihn festnehmen. Die Kriminalpolizei fand bei den beiden gewerdmäßigen Wohnungseinbrechern noch eine Menge gestohlene Wäsche, die die Zeichen S. v. R., R. W., F. F., E. S. usw. tragen. Der Eigentümer dieser Sachen wird er sucht, sich im Zimmer 51 des Polizeipräsidenten zu melden.

Preßekommission. Nächste Sitzung am Mittwoch, den 20. April, pünktlich 6 1/2 Uhr, Breite Str. 8-9. Kein Disstrakt darf fehlen.

12. Verwaltungsbereich (Steglitz, Pantow, Lichterfelde). Am Sonnabend, den 16. April, abends 7 Uhr, im Rathaus Steglitz: Vollversammlung der kommunalen Kommission und der Bezirksverordneten, sowie der Vertreter der Elternbeiträge und Betriebsräte. An dieser Sitzung nehmen nur die drei Vertreter teil. Die erweiterte Sitzung mit Vortrag wird noch bekannt gemacht. Der Vorstand.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermann Jan Welsch
Copyright by Der Hall-Verlag Berlin-Galeriestr. 1021

(10. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Vor ihm sah auf einer Chaiselongue eine Göttin, streckte den weißen Arm vor. Es war ein fetter Arm, und auch die Göttin war dick und fett, mit hellgoldnem Haar und unzähligen Juwelen. Sie blickte sich um, ihre Augen ruhten auf eine Sekunde lang auf Peter, schweiften dann weiter, und Peter fühlte schmerzhaft die eigene Unansehnlichkeit.

Er fuhr fort, die Göttin zu beobachten und erlebte etwas Interessantes. Diese Juno hielt auf ihrem Schoß eine kleine goldgestickte Tasche. Sie öffnete sie und entnahm ihr eine Anzahl geheimnisvoller Gegenstände. Zuerst einen kleinen goldenen Spiegel, in dem sie ihre Reize betrachtete, dann eine weiße Puderquaste, mit der sie sich leicht Nase und Wangen betupfte, dann eine Art toten Weisstift, mit dem sie sich über die Lippen fuhr, darauf folgte ein goldener Bleistift, mit dem sie ihre Augenbrauen nachzog. Blöcklich schien sie ein kleines Haar zu bemerken, das gewachsen sein mußte, seitdem sie ihr Ankleidezimmer verlassen hatte; Peter sah nicht genau, was sie tat, doch deutete ihn, sie hole eine kleine Zange hervor und zupfe etwas aus. Sie fuhr ruhig und gelassen mit ihrer Toilette fort, ohne sich um die Vorübergehenden im mindesten zu kümmern.

Peters Augen schweiften umher, und er sah, daß ebenso, wie alle zu niesen oder zu gähnen anfangen, wenn ein Mensch niest oder gähnt, alle Göttinnen sich plötzlich ihrer kleinen Gold- und Silberspiegel erinnern, ihrer Puderquasten und roten und schwarzen Weisstifte. Staunend sah Peter zu; der Olymp hatte sich in einen Schönheitssalon verwandelt.

Peter erhob sich, beobachtete weiter die Göttinnen. Es gab ihrer große und kleine, alte und junge, dicke und dünne, hübsche und häßliche. Es schien Peter, als ob die alten, dicken, häßlichen am meisten in die kleinen Spiegel starrten. Peter betrachtete sie mit schnellichtigen Augen; hier, dies mußte er, war das erhabene Leben, das Wahre, die größte Herrlichkeit, die ein Mensch erreichen kann. Er hätte gerne noch mehr davon erfahren. Langsam schlenderte er weiter, noch mehr davon erfahren.

Auf einer der Chaiselonguen sah ein Mädchen, ein herrliches Geschöpf von der grünen Insel, mit Haaren wie ein Sonnenaufgang und Wangen wie Aepfel. Peter blickte sie an, sein Herzschlag setzte aus, kam wieder und pochte wie ein durstgehendes Pferd. Er vermochte seinen Augen kaum zu trauen, doch beharrten sie darauf, seine Augen wußten, denn diese Augen hatten einst stundenlang das Sonnenaufgangshaar und die Apfelfangen betrachtet. Das Mädchen war Nell, das Stubenmädchen aus dem Tempel des Jimjambu!

Sie hielt das Gesicht von ihm abgewandt, er wich zurück, versteckte sich hinter einer Säule; dort stand er, stierte sie an, mißtraute noch immer den eigenen Augen. Es konnte doch nicht Nell sein! Und dennoch war sie es! Eine verklärte Nell, eine auf dem Olymp entrückte, in eine Göttin verwandelte Nell, mit einem blaßgrauen Streifen um die Taille und zwei blaßgrauen Bändern, die den Streifen festhielten. Nell, träge und lässig zurückgelehnt, angeregt mit einem jungen Mann plaudernd, der das Gesicht eines Bulldogs und die Kleidung einer Schneiderannonce hatte.

Peter starrte und wartete, sein Herz tobte wild. In diesen wenigen Augenblicken erkannte er, was wahre Liebe ist, er fühlte ihre zerstörende Macht. Die kleine Jennie war vergessen, Frau James, die Strohwitwe, war vergessen. Peter wußte: „habe in seinem ganzen Leben bloß eine Frau bewundert.“ — Nell, das irische Stubenmädchen aus dem Tempel des Jimjambu.

38

Das Paar erhob sich, schlenderte zum Lift, und Peter folgte. Er wagte es nicht, mit ihnen in den Lift einzusteigen, dachte jählings an die Kleidung, die er in der Rolle eines proletarischen Antimilitaristen tragen mußte. Nell und ihr Begleiter würden bestimmt nicht das Haus verlassen, sie hatten weder Hut noch Mantel. Er suchte sie in der Halle und im Speisesaal, gelangte dann in einen großen Raum, aus dem Musiklärme drangen. Dieser Raum wurde der „Kost“ genannt, ein Teil desselben war für Tanz geräumt, auf einer kleinen Plattform war eine Musikkapelle untergebracht.

Peter vernahm die seltsamste Musik, die je in Menschenohren geklungen hat. Hätte er sie gehört, bevor er Nell erblickt hatte, er würde sie nicht verstanden haben, jetzt jedoch paßten die fremdartigen Klänge zu seiner gequälten Stimmung. Die Musik köhlte, ratterte, quietschte, verurteilte den Värm zerkleinernden Weinwand, schrie wie eine sich überhaßende Sirene, kletterte himmelhoch, stürzte zur

Hölle nieder. Eine qualvolle Bewegung eignete ihr, ein Gleiten, Drehen, sich Winden, Springen. Und das Benehmen der halbnackten Göttinnen und der Götter gab das Kommentar zu dieser Musik. Die Göttlichen glitten wie Schlittschuhläufer das glatte Parkett entlang, wanden sich wie Schlangen, stolzierten einher wie Truthähne, hüpfen wie Kanarienvögel, stützten feierlich dahin wie Giraffen. Sie hielten einander fest in den Armen, wie Bären, die einander todrücken wollen, verschlangen ihre Leiber, wie Riesenschlangen, die einander aufstreifen möchten. Peter betrachtete sie, lauschte der Musik und machte dabei eine seltsame Entdeckung: in Peters Seele lagen die Geister unzähliger Tiere begraben. Peter war einst ein Bär gewesen, ein Kanarienvogel und eine Giraffe, ein Truthahn und ein Fuchs. Unter dem Zauber dieser unheimlichen Musik erwachten die toten Geschöpfe zum Leben. Derart entdeckte er die Bedeutung des „Jazz-Tanzes“ in allen seinen seltsamen, grotesken Variationen.

Desgleichen entdeckte er, daß er einst ein Höhlenmensch gewesen war, den Nebenbuhler mit einer Steinaxt getötet und dessen Mädchen an den Haaren fortgeschleppt hatte. All dies ward ihm klar, da er im Tanzraum an der Tür stand und Nell in den Armen des jungen Mannes mit dem Bulldoggengesicht tanzte sah.

Peter verhartete lange wie betäubt. Nell und der junge Mann ließen sich an einem kleinen Tisch nieder, bestellten ein Souper. Peter überlegte, was er tun sollte. Er wußte, in diesem Aufzug dürfe er Nell nicht nahen, es wäre unmöglich, ihr begreiflich zu machen, daß er bloß eine Rolle spiele, daß er, der wie ein Elendmensch aussah, in Wirklichkeit ein wohlhabender Mann sei, ein hundertprozentiger, reinblütiger Patriot, verkleidet als proletarischer Pazifist. Nein, er muß warten, muß seinen schönsten Anzug anlegen, ehe er mit ihr spricht. Aber sie konnte inzwischen fortgehen, er würde sie in der großen Stadt nie mehr finden.

Etwa eine Stunde später beschloß er, ihr zu schreiben, eilte ins Schreibzimmer und schrieb ihr folgende Zeilen: „Nell, ich bin Ihr alter Freund Peter Gudae. Ich habe Glück, und kann Ihnen Wichtiges mitteilen. Schreiben Sie mir ein Wort, Peter.“ Er fügte noch seine Adresse hinzu, steckte den Brief in einen Umslag, versiegelte diesen, schrieb darauf: „Fräulein Nell Doolin.“

Dann begab er sich in die Halle, tief einen der vielköpfigen Burschen, drückte ihm den Brief zusammen mit einem Dollar in die Hand. Im Tanzraum besaß sich eine junge Dame, der solle er sofort den Brief übergeben, die Sache sei äußerst wichtig. (Fortsetzung folgt.)

Severing über den Kommunistenputsch

Preussischer Landtag

Freitag, den 15. April 1921, 12 Uhr.

Am Regierungstisch, Severing.

Kleine Anfragen.

Die Nichtbestätigung des Redakteurs Kilian als befohlener Magistratsmitglied in Halle ist durch den Regierungspräsidenten zu Merseburg unter einstimmiger Zustimmung des zuständigen Selbstverwaltungsausschusses erfolgt. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ist nicht verletzt. (Lebhafte Stille, hört h. d. K.)

Auf eine deutschnationale Anfrage, worin dem Regierungspräsidenten zu Breslau und dem Landrat Süß in Waldenburg große Pflichterfüllung vorgeworfen werden, weil sie die Führer des „Heimatschutzverbandes verfassungstreuer Schlesier“ verhaften ließen und das beschlagnahmte Altematerial der sozialdemokratischen „Bergwacht“ zur Veröffentlichung übergaben, erwidert die Regierung, daß der Regierungspräsident nach der Lage der Dinge habe annehmen müssen, daß die Verhaftung berechtigt sei. Eine strafbare Beisteuerleistung von Altem liege nicht vor.

Abg. Menzel-Stettin (Dil.) befragte sich über den Handel und Gewerbe schädigenden Sechsstunden-Ladenschluß. Die Regierung läßt darauf erwidern, daß die Gemeinden zur Anordnung des Sechsstunden-Ladenschlusses auf Anweisung des Reichs-Kohlenkommissars verpflichtet seien; dieser Fall liegt z. B. in Berlin vor.

Auf eine Beschwerde des Abg. Hermann (D. Sp.), wonach die Einrichtung weltlicher Schulen auf dem Umweg der Zusammenlegung von Klassen versucht werde, erwidert die Regierung, daß diese Zusammenlegung verfassungsmäßig sei, was auch der Reichsminister des Innern anerkannt hat. Die Zusammenfassung geschieht stets so, daß die Kinder nicht zu weitliegenden Schulen zu gewiesen werden. Es gelangen nur freiwillig sich meldende Lehrer für dieses System zur Verwendung.

Es folgt die erste Beratung des Staatsvertrages über den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich.

Die Vorlage geht an den Hauptausschuß.

Severing rechnet ab

Das Haus setzt sodann die Beratungen über die Unruhen in Mitteldeutschland fort.

Minister des Innern Severing (v. d. Deutschnat. u. Komm. mit großem Lärm empfangen — einige Kommunisten rufen „Lump“ — Unruhe h. d. S.) Ich weiß den Herren Predigten Dank dafür, daß er verhindert hat, daß die Aussprache während der Niederstimmung des Aufstandes stattfand. Das bekannte Wort: Wenn gute Reden sie begleiten, dann geht die Arbeit manter fort, gilt nicht für die Niederwerfung von Aufständen; da muß gehandelt werden. Ich habe nichts gegen eine Aussprache, aber die Regierung muß ihre Aufgabe vor allem schnell und gründlich erledigen. Herr Graef hat unterlassen, gestern anzugeben, welche rechtsstehenden Zeitungen auf die planmäßige Vorbereitung gerade dieses Aufstandes aufmerksam gemacht haben. Hätte er mir den Nachweis geführt, daß dieser Aufstand vorher angekündigt wurde, dann wären die Beschuldigungen der Rechten zureichend. Aber Herr Graef hat sich die bequemste Methode der Papierschneiderei zu eigen gemacht und sich auf unabweisbare Zeitungsberichte gestützt. Die Berichte der „Deutschen Tageszeitung“ und „Deutsche Zeitung“ waren auch der Regierung bekannt, aber wenn die Regierung auf alle Spitzelberichte hereinfallen sollte, so wäre sie bald erledigt. Denn nichts ist mir mehr als Lächerlichkeit. (Sehr wahr!) h. d. S.) Auch in rechtsgerichteten Kreisen besteht ein Umsturzplan, und die kommunistische Presse wurde von ihrer Partei aufgefordert, sie zu verbreiten, auf ihre Gefährlichkeit hinzuweisen und damit für einen kommunistischen Aufstand den Boden zu bereiten. Bei solchen Plänen kommt aber alles auf die Ausführung an. Die kommunistischen Pläne setzen zu ihrer Ausführung vor allem das Einsehen der Reichswehr voraus. Ich bin von der Größe der kommunistischen Gefahr durchaus überzeugt und gewillt, ihr entgegenzutreten, aber ich leide keine weißen Mäule (nach rechts) wie Sie. (Heiterkeit und sehr gut! h. d. S.) Für die Mitarbeit der Presse bin ich sehr dankbar, aber ich kann nicht kritiklos auf alles hereinfallen, was in der „Deutschen Tageszeitung“ und in der „Deutschen Zeitung“ steht, ebensowenig wie auf die Produkte der „Roten Fahne“ und der „Leipziger Volkszeitung“. Wäre ich auf das Märchen der „Leipziger Volkszeitung“ von dem geplanten Rechtsputsch im März hereingefallen, so hätten wir in Berlin einen unruhigen Sonntag erlebt. Die Berichte waren wochenlang geprüft und als Arbeit profitablerer Zuträger erkannt worden. (Zurufe rechts.) Glauben Sie (nach rechts), daß Ihre Vorberedungen nicht ebenso gefährlich für das Bestehen Deutschlands sind wie die kommunistischen? (Großer Lärm rechts.) Ich bin von Jugend an ein Gegner der konservativen Politik gewesen, hatte aber immer einen gewissen Respekt vor der aristokratischen Lebensauffassung der preussischen Granden. Die Tatsache aber, daß die deutschnationale Partei v. Kardorff dem Aelteren auf Herrn Graef gekommen ist, ist

eine geistige Bankrotterklärung.

(Stürmischer Beifall links — Großer Lärm rechts.) In einem Augenblick, in dem die Feinde des deutschen Volkes mit neuen Maßnahmen hervortreten, hält Herr Graef hier eine Predigt.

(Großer Lärm rechts. — Abg. Graef ruft fortgesetzt: Sie hehnen! Sie hehnen!) Die Rede Graefs war nichts weiter als eine Zusammenstellung von Zeitungsclipsen. Einverständnis bin ich mit dem Satze des Herrn Graef, daß es kein Wunder ist, daß in der Gegend von Weena solche Zustände sich entwickelt haben. (Abg. Graef: Das ist für mich sehr blamabel. — Gelächter rechts.) In dem Bezirk Halle-Merseburg hat sich in den letzten Jahren eine geradezu amerikanische Entwicklung abgespielt. 1915 wurde das Weena-Werk gegründet und mußte sich auf Arbeiter stützen, die infolge des Krieges brotlos geworden waren und aus dem ganzen Reich nach Weena zusammengeschleppt wurden. Diese Arbeiter sind nicht bodenständig geworden. (Zuruf rechts: es fehlte eine gute Verwaltung.). Wenn Sie damit sagen wollen, daß die Verwaltung von 1915 bis 1918 schlecht war, so kann ich Ihnen zustimmen. (Stürmische Heiterkeit links. — Großer Lärm rechts.) Eine vorsichtige Regierung hätte mit Rücksicht auf die Lage stärkere Polizeikräfte dort zusammengezogen. (Hört, hört h. Komm.) Wollen Sie (zu den Komm.) die Wiederholung der Zustände von Mansfeld? Als dort die Arbeiter 1909 zum erstenmal versuchten, wirtschaftliche Forderungen durchzusetzen, gab man ihnen die Antwort mit Maschinengewehren.

Die dauernde Mahregelung und Niederknüppelung der Arbeiterkraft durch Ihre Regierung (zur Rechten) hat den Geist erzeugt, der sich jetzt in Mitteldeutschland entladen hat.

Wo die Gewerkschaften ungehindert arbeiten konnten, ist es nicht zu solchen Entladungen gekommen. Der Abgeordnete Graef hat sich die Zeitungsclipsen zu eigen gemacht, daß Häring den Kommunisten, die ihre Waffen abliefern würden, zugesichert habe, daß ihre Namen nicht festgesetzt würden und sie straflos blieben. (Der Minister verliest eine Erklärung Häring's, wonach die strittige Anweisung betreffs Straflosigkeit vom Major Wolters in mißverständlicher Anweisung einer Anweisung des Reichsentsorgungskommissars ergangen ist. Häring hat dem Major sofort erklärt, daß er mit seinem Verfahren nicht einverstanden sei.) Auch ich habe sofort, als ich von dem Amnestieverprechen hörte, aus eigener Initiative und nicht infolge eines Druckes der Reichsregierung angeordnet, daß die gegebenen Zusicherungen sofort annulliert werden müßten. (Große Unruhe h. d. Komm.) Ja, verlangen Sie (zu den Komm.) denn, daß wir in derselben Situation, in der Sie die Erschießung aller Gefangenen beschließen, Straflosigkeit gewähren? (Erneute große Unruhe h. d. Komm.) Entweder verlangen Sie, daß man die Sprache Ihrer Organe und Ihrer Abgeordneten ernst nimmt, oder Sie müssen erklären, daß es sich dabei nur um Welschgeschrei handelt, damit man danach seine Maßnahmen treffen kann. (Stürmischer Beifall h. d. S.) — Großer Lärm h. d. Komm. — Zuruf des Abg. Dr. Meyer-Oppenheim (BVP): Wo haben wir beschließen, Leute niederzuschießen? — Stürmisches Gelächter im ganzen Hause.) Der Abgeordnete Graef hat behauptet, daß 50000 M. von dem Kreisaustrich zur Unterstützung der kommunistischen „Mansfelder Volkszeitung“ lanciert worden seien. Das ist eine glatte Lüge. (Erregter Zuruf des Abg. Graef: Es ist aber wahr!) Diese Ihre Behauptung kann ich nicht ernst nehmen, nachdem Sie ja zahlreiche beweislose Angaben gemacht haben. (Stürmischer Beifall links. — Erregte Zurufe der Deutschnationalen.) Sollte etwas daran wahr sein, so werden die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen. (Erregter Zuruf des Abg. Graef: Machen Sie sich doch nicht lächerlich! Da hört ja alles auf, wie Sie polemisieren, Herr! — Stürmische Heiterkeit links.) Nach Herrn Graef haben sich diese Dinge unter den Augen des Ministers abgespielt. Das kann doch nur den Sinn haben, daß ich sie zum mindesten gebilligt habe. Das muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen können. Nach Herrn Graef hat infolge des schwachen Einflusses von Kräften in Gröbers die Schuppelpolizei eine empfindliche Niederlage erlitten. In den ersten Tagen war der Einsatz der Kräfte gewiß gering. Man schießt doch nicht mit Kanonen nach Spaghen! Zunächst kam es nur darauf an, die Leunawerke und die Mansfelder Bergwerke zu schließen. Und dazu hätten 3—4000 Mann genügt. Nach dem Urteil von Sachverständigen wäre dazu der Einsatz von Reichswehr nicht notwendig gewesen. Die Niederlage der Schuppelpolizei bei Gröbers ist dadurch verursacht worden, daß es den Kommunisten mittels eines geheimen Ganges möglich war, in den Rücken der Schuppelpolizei zu gelangen. (Zuruf rechts: Kann! — Großer Heiterkeit.)

Der Einsatz von Reichswehr hätte bei ihrer Unbesieglichkeit ein großes Blutbad zur Folge gehabt.

Beim Kapp-Putsch billigten die Herren von rechts das Richtingreifen der Reichswehr durchaus. Jetzt wird mir von Ihnen (nach rechts) daraus ein Strich gedreht. Es ist ohne Reichswehr gegangen. Und dieser Erfolg der preussischen Regierung ist der Rechten sehr unangenehm. (Zuruf rechts: Auf den Erfolg können Sie stolz sein.) Der Dank des Abgeordneten Graef an die Schuppelpolizei war ein Danaergeschenk. Hier begegnen sich äußerste Rechte und äußerste Linke. Die Schuppelpolizei ist viel zu klug, um auf die Kattenjägermelodien der Bolschewisten von rechts und von links hereinzufallen. Wenn für die Schuppelpolizei von der Staatsregierung nicht mehr gesehen kann, so ist das zum größten Teil auf den Widerstand der deutschnationalen Volkspartei im Hauptausschuß zurückzuführen. (Zuruf des Abgeordneten Hek (A.): Nun oder endlich zur Sache! — Heiterkeit.) Das ist deutschnationale Theorie und Praxis! Ich muß die Rede des Abgeordneten Graef als Zusammentragung von Unwahrheiten, Schiefheiten und Lügen brandmarken. (Lebhafte Beifall h. d. Rechten. — Der Abg.

Conrad (Dtn.) wird vom Präsidenten wegen des Zuzufs Schwindler gerügt.) Wenn heute in Deutschland so viele fremde Arbeiter beschäftigt werden, so ist das letzte Ende auf die Wünsche der rheinisch-westfälischen Industrie und der ostpreussischen Großgrundbesitzer zurückzuführen. Die Anwesenheit der Ballen in Pomern und Berlin haben Sie (nach rechts) nichts einzuwenden. Sie haben nur etwas gegen die Elemente, die Ihnen nicht genehm sind. (Zuruf: Ja.) Ich bin kein Philo-Somit, sondern habe nur in meiner Jugend Leasing gelesen und schäme die Menschen ohne Rücksicht auf ihre Rassenabstammung nach ihrem Menschwert ein. In den Märztagen war, wie auch Sie, meine Herren von rechts, wissen, der Osten bedroht. Das erforderte die Anwesenheit der Reichswehr im gefährdeten Gebiet. Nur ein Demagoge (Große Entrüstung rechts) konnte der preussischen Regierung einen Vorwurf machen aus der Nichtverwendung der Reichswehr, wie das in der „Deutschen Tageszeitung“ geschieht ist. (Zuruf des Abg. Graef: Da haben Sie sich einmal geistig herausgeredet, Herr Minister!) Mit meiner Einwilligung sind übrigens erhebliche Kräfte in Bitterfeld, Wertheim und eingeleitet worden. (Zuruf der Kommunisten: Verbrechen! — Gegenruf des Abgeordneten Stering (Soz.): Wer lehrt die Verbrecher!) Eine Rüge habe ich bei in Naumburg liegenden Reichswehr wegen ihres Eingreifens nicht erteilt. Wenn ihr Kommandeur gehört hätte, daß plündernde Banden durch das Anstrich ziehen, und er hätte dem Gewehr bei Fuß zugehört, so hätte ich auf seine Entfernung hingewirkt. Ferner hat man gesagt über unzureichende Vererbung von Schuppelpolizei. Demgegenüber stelle ich fest, daß im Kreise Liebenwerda neben den Kommunisten die Vertreter des Bauernbundes sich der Vererbung der Schuppelpolizei aufs heftigste widersetzen haben. (Lebhafte Stille, hört. — Abg. Graef (Dil.): Das muß erst nachgeprüft werden!) Der Grund für dieses merkwürdige Verhalten der Bauern liegt darin, daß die Schuppelpolizei energisch gegen das Schieberium und Schleichhändlerium im Kreise

vorging. (Zuruf rechts: Schieber aus dem Osten.) Davon ist auf dem Lande nichts zu bemerken; die Schleichhändler sind recht tüchtige Arbeiter. So hat man dafür gezahlt, daß die Schuppelpolizei möglichst schnell wieder herausgezogen wurde. Ferner wurde meine Haltung auf der Tagung der sozialdemokratischen Parteifunktionäre in Berlin kritisiert. Die Verhandlung fand statt am Abend vor der Beerdigung des erschossenen Arbeiters Spitz. (Zuruf der Komm. ermordet!) Ich protestiere gegen diese Bezeichnung! (Lärm h. d. Komm. — Glocke d. Präsi.) Sie (zu d. Komm.) können diesen Ausdruck wiederholen, so oft Sie wollen. Ich habe in diesen Tagen meine politischen Freunde zu beeinflussen versucht, um die Teilnahme der Arbeiterchaft an dem Proteststreik zu verhindern. Wenn die Regierung sich passiv verhalten hätte, würde man ihr wieder Schlappheit vorgeworfen haben. Herr Graef hat mir gestern unterstellt, ich hätte gegen den Zustand in Mitteldeutschland nicht rechtzeitig Maßnahmen ergriffen, weil es sich ja nur um Bürgerputz gehandelt habe. Für diese unerhörte Unterstellung fehlt mir einfach der parlamentarische Ausdruck. Es ist aber Bürgerputz, daß es wagt, mir derartiges zu unterstellen. Gegenstand heftiger Angriffe war der unabhängige Landrat Kasparek in Sangerhausen; gegen ihn schwebt die Untersuchung, und wenn er seine Pflicht verübt hat, so wird er entfernt werden. Andere unabhängige Landräte haben sich durchaus bemüht. Herr Eberlein meinte, seine Partei habe mit den Attentaten nichts zu tun. Ach Herr Eberlein, was es vielmehr die Reichswehr? Spitzel gibt es bei der Polizei auch, aber haben die Kommunisten vielmehr keine? Kommunistische Spitzel sitzen sogar im Ministerium und übermitteln wichtige politische Aktenstücke nach Moskau. Sie (zu d. Komm.) sind auch die intellektuellen Urheber der Attentate auf die Siegesjäger u. a. In den Tagen der Attentate hat man Mitglieder der BVP, und der BVP, gefunden. (Großer Lärm h. d. Komm.) Aus der Aufforderung der „Roten Fahne“, die Transporte der Schuppelpolizei unter allen Umständen zu verhindern, gingen die Attentate auf die Eisenbahnen hervor. Ueber die Vorbereitung des Aufstandes durch die Kommunisten habe ich ausführlich berichtet. Die Einzelheiten kann Ihnen der Abg. Dr. Meyer von der BVP, mitteilen. Standgerichte sind nicht eingesetzt. Todesurteile sind nicht vollstreckt worden. (Widerspruch h. d. Komm.) Die sozialdemokratischen und unabhängigen Anträge, die Garantien gegen eine Nachjustiz fordern, werde ich vollkommen. Nur die kommunistische Partei hat kein Recht, sich über den weißen Schrecken zu beklagen, wenn sie selbst Revolutionstribunale einrichtet. Den sogenannten weißen Schrecken will ich aber nicht verteidigen. Ich werde alles tun, die Klagen gegenstandslos zu machen, damit das deutsche Volk Ruhe und Brot bekommt. (Lebhafte Beifall.) Ich weiß, was ich auf dem Posten, den ich heute noch bekleide, (Zuruf rechts: Heute noch!) zu tun habe. Ich weiß, daß ich nicht blind sein darf gegenüber den Gefahren, die dem deutschen Volk von rechts drohen. Die Kommunisten bauen auf die Solidarität der Arbeiter, weil sie glauben, daß die deutschen Arbeiter mit den Kommunisten gemeinsame Sache machen, wenn die Selbstbehauptungsorganisationen einmal Zusammenhänge herbeiführen. So lange Sie (nach rechts) mit dem Säbel rasseln, liefern Sie den Kommunisten Agitationsstoff. (Widerspruch rechts.) Und Sie, meine Herren von links, machen das Umgekehrte. Sie würden der deutschen Arbeiterchaft mehr imponieren, wenn Sie sich nach Ihrer Niederlage den Mund nicht gar so voll nehmen wollten. Wenn ich eine neue Aktion vorbereiten wollte, würde ich an Ihrer Stelle gar nicht reden, sondern die Machtverhältnisse prüfen und dann zu der Erkenntnis kommen, daß das, was Sie wollen, sich nicht mit Dynamitbomben und Sprengungen erreichen läßt, sondern nur durch die Erziehung des Volkes zur Selbstverantwortung und zur Demokratie auf

Mannefries
mit echter Lackkappe wie Abbildung
nur **88** Mark
Aber nur kurze Zeit geben wir auf alle schwarzen Herren- und Damenstiefel elegantester Ausführung in **Original** **Ragnumarobnis** **10%** Bar-Rabatt, der an der Kasse sofort in Abzug gebracht wird

Schuhfabriken Tack & Co. A.G. Burg b. Magab.

NW, Friedrichstr. 240/41
W, Palaststr. 50
V, Schillstr. 19
NW, Besselstr. 29
NW, Turmstr. 41

NW, Wilsnacker Str. 22
N, Brunnstr. 37
N, Danziger Str. 11
N, Friedrichstr. 139
N, Malteserstr. 22

O, Androssstr. 28
O, Frankfurter Allee 22
SO, Oranienstr. 24
SO, Wangseltstr. 47
E, Spittelmarkt 15

C, Rosenthaler Str. 14
Neukölln, Bergstr. 30/31
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 122/123
Brandenburger Str. 54

Man achte auf den Vornamen „Conrad“

